Nr. 52. + 27. Jahrgang. Berlin, 27. Dezember 1919.

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis 2,50 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 1,50 Mk. Arbeitervermittlungen 75 Pf. Verbandsanzeigen 50 Pf.

Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie in der Reichsverfassung.

-n. Wie wir auf politischem Gebiet seit manchem Jahrzehnt eine Entwicklung zur Demokratie beobachten, so können wir auch auf wirtschaftlichem Gebiet die gleiche Entwicklung deutlich erkennen. Der Wille zur Demokratie, das heißt zur gleichberechtigten Anteilnahme an der Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens, ist dem modernen Menschen gleichsam angeboren. Der moderne Mensch hat ein stark ausgeprägtes Selbstbewußtsein, er fühlt sich als eine Persönlichkeit, und deshalb empfindet er eine Entrechtung durch die Alleinherrschaft eines einzelnen oder einer Gruppe als eine empörende Zurücksetzung. In Staat und Gemeinde ist in Deutschland mit der Autokratie gebrochen, und die Demokratie ist zum Durchbruch gelangt, es fehlt nur noch, daß auch in den Arbeitsbetrieben und in der Ausgestaltung unseres gesamten Wirtschaftslebens die demokratischen Grundsätze verwirklicht werden.

Es ist eine alte Forderung der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter Deutschlands, daß die Alleinherrschaft des Unternehmertums im Wirtschaftsleben beseitigt werden müsse. Schon im Revolutionsjahr 1848 wurde in der damaligen Nationalversammlung der Antrag gestellt, die in einem Betrieb beschäftigten Arbeiter und Angestellten zur „Mitverwaltung des Betriebes" heranzuziehen, doch verschlang die hereinbrechende Reaktion diesen Gedanken und begrub ihn unter den Trümmern. Aber damit war der Gedanke nicht getötet, er lebte wieder auf in der Forderung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterschaft in den Arbeitsbetrieben und der gesamten Volkswirtschaft. Kurz gesagt, das deutsche Proletariat forderte die Betriebsdemokratie und die Wirtschaftsdemokratie im weitesten Umfang. Zur Verwirklichung dieser Forderungen sollte in den Betrieben eine Vertretung der Arbeiter durch die Einführung von Arbeiterausschüssen geschaffen werden, und im Wirtschaftsleben sollten auf gesetzlichem Wege Arbeitskammern und Arbeiterräte ins Leben gerufen werden, deren Aufgabe es sein sollte, die Allgemeininteressen der Arbeit gegenüber den Sonderinteressen des Kapitals zu vertreten. Die Forderung einer Betriebsdemokratie ist seit langem von den Gewerkschaften erhoben worden, und das Schlagwort „die konstitutionelle Fabrik" hat in der gewerkschaftlichen Agitation Jahrzehnte hindurch eine wichtige Rolle gespielt. Die Forderung einer Wirtschaftsdemokratie ist erstmalig auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Gotha vom Jahre 1876 lautgeworden, und seit der Zeit hat die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages verschiedentlich dahingehende Anträge gestellt. Leider hat der Wille zur wirtschaftlichen Demokratisierung in der vorrevolutionären Zeit keine Erfüllung gefunden — die Arbeiterausschüsse sind im wesentlichen scheinkonstitutionelle Einrichtungen geblieben —, erst die Revolution vom November 1918 hat die Bahn freigemacht.

In dem Artikel 165 der Reichsverfassung ist folgende Bestimmung getroffen: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken." Des weiteren werden Einrichtungen vorgesehen (Betriebs-, Bezirks- und Reichsarbeiterrat sowie Bezirks- und Reichswirtschaftsrat), die die Regelung der Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse in die Hand zu nehmen haben. Die Einzelbestimmungen sollen in einem demnächst zu erlassenden Rätegesetz getroffen werden.

Damit ist zum ersten Male die Forderung einer Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie grundsätzlich erfüllt worden. Die Arbeiter und Angestellten haben einerseits das weitgehendste Mitbestimmungsrecht in den Arbeitsbetrieben durch die Betriebsräte, und anderseits haben sie durch ihre Beteiligung und ihre Mitarbeit in den Wirtschaftsräten einen entscheidenden Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsleben. Allerdings handelt es sich hier nicht um das alleinige Recht der Entscheidung und Bestimmung, das von verschiedenen Seiten gefordert wird, sondern nur um das Recht, mitzuberaten und mitzubestimmen. Diese Regelung der Dinge entspricht den Grundsätzen der Demokratie, sie ist der Ausdruck der Machtverhältnisse innerhalb der gegenwärtigen Staaten und der gegenwärtigen Gesellschaft. Da die deutsche Arbeiterklasse allein nicht die gesamte politische und wirtschaftliche Macht in Deutschland besitzt, so kann sie auch — nach Lage der Dinge — nicht den Anspruch erheben auf das Recht, allein über die Gestaltung unseres Wirtschaftslebens zu entscheiden. Man mag dies beklagen, aber man muß diesen Zustand als gegeben hinnehmen. Wie sich die Verhältnisse in dieser Beziehung entwickeln werden, läßt sich heute noch nicht sagen, einstweilen und bis auf weiteres müssen wir uns mit den Tatsachen abfinden. Hier wäre eine Enttäuschung oder Verärgerung übel angebracht, da sie uns zur Tatlosigkeit verurteilen würde, wir dürfen vielmehr mit Befriedigung auf das Erreichte zurückblicken.

Selbstverständlich bedeutet Demokratie noch nicht Sozialismus, sie ist erst die Vorbedingung zum Sozialismus, weil sie die Möglichkeit gewährt, das Wirtschaftsleben zu sozialisieren, wenn die große Mehrheit des deutschen Volkes auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer eigenen geistigen und sittlichen Reife dies will. Solange dies noch nicht der Fall ist, müssen wir uns eben gedulden und weiterarbeiten, da eine zwangsweise, gewaltsame Sozialisierung durch eine Minderheit niemals von Dauer sein kann. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Forderung: „Alle Macht den Arbeiterräten!" unhaltbar. Die deutsche Arbeiterklasse hat einstweilen noch nicht die alleinige Macht in der Hand, und deshalb schwebt ihr alleiniges Recht noch in der Luft. Wenn man gegen diese Tatsache die Augen verschließt, so treibt man Illusionspolitik und jagt Hirngespinsten nach. Eine Überschätzung seiner Macht ist verhängnisvoll für jeden Menschen und jedes Volk, und auch eine Klasse, die ihre jeweilige Macht überschätzt, wird Niederlagen und Rückschläge erleben. Deshalb muß sich die Arbeiterklasse auf Grund ihrer Macht, die sie heute besitzt, einrichten und keine Anforderungen stellen, die sie nicht durchsetzen kann. Die heute mögliche Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens ist natürlich noch nicht der Abschluß der Entwicklung, aber sie bedeutet einen wesentlichen Schritt in der Richtung zum Sozialismus. Das empfinden und wissen auch die Nutznießer des Kapitalismus sehr wohl, und darum laufen sie Sturm gegen die zu schaffenden Betriebs- und Wirtschaftsräte.

Wie die Sache heute liegt, trägt das Unternehmertum bzw. die Leitung eines Unternehmens die persönliche und finanzielle Verantwortung für die Leistungsfähigkeit des Betriebes. Die Leitung haftet für die Rentabilität des Geschäfts, und wenn dies mit Unterbilanz arbeitet, so muß sie für die Folgen aufkommen. Aus diesem Grunde wäre es ein Unding und ein Unrecht, wollte man sie für unmündig erklären und das Bestimmungsrecht über die geschäftlichen Angelegenheiten einzig und allein dem Arbeiter- oder Betriebsrat zubilligen. Wer die Verantwortung trägt, muß auch das Bestimmungsrecht haben, anders läßt sich ein Betrieb nicht erfolgreich führen. Allerdings soll die Leitung nicht selbstherrlich, als unbeschränkter Alleinherrscher wirtschaften, vielmehr sollen die Arbeiter und Angestellten ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht haben. Aber wollte man die Leitung zu einem willenlosen Werkzeug in der Hand eines Betriebsrates machen, so hieße das von einem Extrem ins andere fallen und den Teufel durch Beelzebub austreiben. Die Autokratie, von wem sie auch ausgeübt werden mag, paßt nicht mehr für die Gegenwart, nur die Demokratie bietet die Gewähr für eine gesunde Entwicklung unseres wirtschaftlichen (und politischen) Lebens.

Bei der Demokratisierung der Betriebe und der Wirtschaft darf natürlich nicht vergessen werden, daß die neuen Befugnisse, die den Arbeitern und Angestellten zugesprochen werden, auch hohe Anforderungen stellen an die geistige und sittliche Reife des deutschen Proletariats. Das Mitbestimmungsrecht setzt voraus, daß auch die nötigen Kräfte vorhanden sind, die es auszuüben verstehen, es schließt die Pflicht in sich, daß die Arbeiterschaft sich die Kenntnisse und Fertigkeiten aneignet, die nötig sind, um auch wirklich mitbestimmen zu können. Wie es in dieser Beziehung gegenwärtig bestellt ist, brauchen wir denen, die mitten im Wirtschaftsleben stehen, nicht zu sagen. Mögen auch weltfremde Theoretiker von einer vorhandenen Reife phantasieren, jeder Kenner weiß, daß es hier noch an allen Ecken und Enden hapert. Daraus erwächst nun der Arbeiterklasse die schwere, aber unabweisbare Aufgabe, sich die nötige Reife zu erarbeiten, soll das Mitbestimmungsrecht nicht zur Lächerlichkeit werden. Zweifellos sind die Gewerkschaften die berufenen Faktoren zur Durchführung dieser Aufgabe. Von jeher sind sie die Bildungs- und Erziehungsschulen der Arbeiterschaft gewesen, sie haben auf dem Wege der organisierten Selbsthilfe die deutsche Arbeiterschaft zu der geistigen und sittlichen Höhe emporgeführt, auf der sie sich befindet, sie werden auch imstande sein, falls man ihnen ihre Schwingen nicht lähmt, die neue Aufgabe zu lösen, die ihnen durch die Verwirklichung der Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie gestellt worden ist.

Ein gefährliches Spiel.

Von einem süddeutschen Kollegen wird uns geschrieben:

m. In diesen Tagen, die uns nach der vollzogenen Revolution die Aufgaben zuweisen, auf den Trümmern des alten Systems ein neues Wirtschaftswesen aufzubauen, hört man nur zu oft von Arbeitern die im Ton des Vorwurfs gekleidete Frage: Was hat uns die Revolution gebracht? Und daran anschließend wird die Klage erhoben: Es ist und bleibt alles beim alten, ja, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind für die Arbeiter noch viel ungünstiger als sie es vor der Revolution waren. Im gewissen Umfang ist diese Klage vollberechtigt. Dennoch bleibt es verlogene Demagogie, wenn von unabhängiger und kommunistischer Seite behauptet wird, die Lage der Arbeiter könnte eine viel bessere sein, und nur der Verrat der mehrheitssozialistischen und gewerkschaftlichen Führer an ihren früheren Grundsätzen trage die Schuld daran, daß sich diese Besserung nicht auf Grund einer schnellen Neuordnung unseres Wirtschaftskörpers vollziehe. Daran ist selbstverständlich kein Wort wahr! Weder die Mehrheitssozialdemokratie noch die Leitung der Gewerkschaften haben ein Interesse daran, die Arbeiter in dem durch den Krieg und die kapitalistische Ausbeutung heraufbeschworenen Elend zu erhalten. Im Gegenteil möchten auch sie so schnell wie möglich diesem Elend ein Ende bereiten. Wenn ihnen die Erreichung dieses Zieles bislang nicht möglich war, so nur aus dem Grunde, weil es ihnen die ungeheure Auspowerung des Volkes durch den Krieg und seine Wirkungen unmöglich macht und die vorhandene Wirtschaftslage nur den Ausblick eröffnet, im langsamen planmäßigen Aufstieg nicht nur das verlorene, sondern darüber hinaus, weiteres Terrain für ein neues Aufblühen unseres Wirtschaftslebens zu erobern.

Hierzu bedarf es aber der Zusammenfassung aller tätigen Kräfte, denn nur so kann es uns gelingen, wieder zu besseren wirtschaftlichen Verhältnissen zu gelangen. Es ist aber nicht wahr, daß nichts erreicht wurde. Die vorhandenen Tatsachen beweisen uns auf Schritt und Tritt das Umgekehrte. Die Revolution hat den deutschen Arbeitern große Vorteile gebracht. Betrachten wir nur die Forderungen des sozialdemokratischen Erfurter Programms, dessen zweiter Teil fast restlos verwirklicht worden ist; daneben eine ganze Anzahl in langen heißen Kämpfen umstrittener Gewerkschaftsforderungen. Dabei handelt es sich nicht um Nebensächlichkeiten, sondern um Dinge, auf die besonders von den Gewerkschaften Gewicht gelegt wurde, weil ihre Durchführung dazu dienen sollte, die Arbeiterschaft in den Stand zu setzen, diejenige Kampffähigkeit zu erhalten, die sie für ihr Streben nach endgültiger Befreiung aus den Fesseln des Kapitals benötigen.

Die Gewerkschaften waren es, die es jederzeit als ihre Aufgabe betrachteten — und daran hat sich nichts geändert —, die materiellen und geistigen Interessen der Arbeiter wahrzunehmen und auf die Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage hinzuarbeiten. Bei dieser Gegenwartsarbeit gehen sie, gestützt auf ihre Erfahrungen von dem Gedanken aus, daß der schlecht genährte und verelendete Arbeiter sich für den proletarischen Klassenkampf nicht eignet, wie ja auch die Tatsache beweist, daß die politische und gewerkschaftliche Bewegung in den sogenannten Elendsbezirken keinen oder nur sehr schwer Boden zu gewinnen vermochte. Auch das Auf und Ab der Mitgliederbewegung bei den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen bietet hierfür einen klaren Beweis. Zeiten der Krise waren stets von einer Abnahme des Mitgliederstandes begleitet, die sich immer erst in eine aufsteigende Bewegung steigerte, wenn die wirtschaftliche Konjunktur sich zum Besseren wendete. Die auf der gegenteiligen Auffassung beruhende und hier und da zu gewissen Zeiten auftauchende Verelendungstheorie und die sich hierauf stützende Verzweiflungs- und Putschtaktik schien damit endgültig abgetan.

Sie ist es aber nicht, denn heute erleben wir trotz allem Vorangegangenen ihre Wiederauferstehung, und zwar in einer Form, die nicht zuläßt, ruhig darüber hinwegzugehen. In den sogenannten radikalen Kreisen hat man neben manchem anderen die unter schweren Opfern gemachten politischen und gewerkschaftlichen Erfahrungen zum alten Eisen geworfen und predigt den Arbeitern längst überlebte Theorien mit einer Eindringlichkeit, die einer besseren Sache wert wäre. Von der geistigen und materiellen Hebung der Arbeiterklasse ist dort keine Rede mehr. Vielmehr setzt man umgekehrt alle Hoffnung auf die Verelendung der Arbeiter und erwartet von ihrer Steigerung bis zur Unerträglichkeit einen Verzweiflungsaufstand der arbeitenden Massen, der zugleich den Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens bringen soll. Ist dieser Zusammenbruch da, dann soll die Aufrichtung einer neuen Wirtschaftsweise unter der Ägide der Rätediktatur erfolgen. Das ist zwar Wahnsinn, wird

aber als Ausfluß höchster Vernunft betrachtet und von nur zu vielen Arbeitern in geradezu fanatischer Weise unterstützt. Zielbewußt arbeiten die radikalen Demagogen darauf hin, die Unzufriedenheit der Arbeiter über die durch den Krieg geschaffene unglückselige politische und wirtschaftliche Lage zu steigern, was nicht allzu schwer fällt. Damit nicht genug, scheut man aber auch nicht davor zurück, die wirtschaftliche Not des Volkes direkt und indirekt zu verschlimmern. Wie dies geschieht, zeigen die immer wieder angezettelten, allen gewerkschaftlichen Grundsätzen widersprechenden wilden und politischen Streiks, die meist schon von vornherein die Aussichtslosigkeit eines Erfolges erkennen lassen und lediglich der Aufhetzung der Arbeiter und der Lahmlegung unseres Wirtschaftslebens dienen.

Noch frivoler erscheinen allerdings die Aufforderungen an die landwirtschaftlichen Erzeuger, ihrer Ablieferungspflicht nicht zu genügen, die Lebensmittel zurückzuhalten oder die Preise zu steigern. Gleichzeitig findet das Wucher-, Schleichhändler- und Schiebertum trotz allen Geschreis über „die unerhörte, von der Regierung geduldete Auswucherung des Volkes“, die eifrigste Unterstützung und Förderung. Das Schimpfen über Wucher und Schleichhandel hat für die Radikalen nur agitatorische Bedeutung, und dient nebenbei dazu, die fernstehende Masse über das in Anwendung kommende Doppelspiel hinwegzutäuschen. Für ihre Anhänger haben sie dergleichen nicht mehr nötig. Hier ist der Fanatismus bis zu dem Grade entfacht, daß die von ihm erfüllten Arbeiter vor der Selbstvernichtung nicht zurückschrecken und bereit sind, blind in ihr Verderben zu rennen. Es verschlägt ihnen deshalb auch nichts, wenn sie dazu benützt werden, die Bestrebungen ihrer Klassengenossen zur Milderung der Not und zur Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens zu stören und zunichte zu machen.

Dabei ist man sich in den radikalen Kreisen anscheinend doch schon darüber klar geworden, daß man bei dem angestrebten politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht zur Herrschaft gelangen wird. Wenigstens wird ganz offen ausgesprochen, wie man zunächst mit einem Sieg der Reaktion von rechts rechnet, die auf ganz gleiche Weise wie die Radikalen auf einen Umsturz hinarbeitet. Die Herrschaft der Reaktion könne aber nicht von langer Dauer sein, weil sie die gesamte Arbeiterschaft gegen sich habe. Der gemeinsame Ansturm der Arbeiterschaft werde die Reaktion binnen kurzer Frist wegfegen. An ihre Stelle werde dann die Diktatur des Proletariats, die Räteherrschaft treten.

Hört man diesen Unsinn vortragen, so ist man stark versucht, in seinen Verkündern verkappte Söldlinge der Reaktion zu vermuten. Tatsächlich nimmt auch ein nicht kleiner Teil der Arbeiterschaft, umnebelt von den radikalen Phrasen, diesen Unsinn nicht nur widerspruchslos hin, sondern jubelt ihm sogar noch zu. Zu einem Teil handelt es sich hierbei um verschrobene Köpfe, überwiegend aber um Arbeiter, die bis dahin der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung fernstanden und sich ihr erst durch die Ereignisse des letzten Jahres getrieben, anschlossen. Hier herrscht noch weitgehende Unklarheit des Denkens. Es geht ihnen, wie allen Neulingen der Arbeiterbewegung, mit der Entwicklung der Dinge nicht schnell genug. Sie möchten, unberührt von jeder Erkenntnis von den politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen, ernten, bevor sie gesät haben. In normalen Zeiten richten solche Elemente kein großes Unheil an, weil sie nur vereinzelt auftreten und in der Masse der Aufgeklärten und Klardenkenden verschwinden. Gegenwärtig liegen die Verhältnisse aber anders. Den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, besonders den letzteren, sind in den letzten Monaten neue Mitglieder in großen Massen zugeströmt, die mit gewerkschaftlichem Geist und wirtschaftlicher Einsicht noch nicht erfüllt werden konnten. Diese Massen sind erfahrungsmäßig radikalen Phrasen leicht zugänglich und lassen sich von Demagogen und Phantasten nur zu leicht zu unsinnigen und ihnen selbst nachteiligen Handlungen verleiten.

Das Spielen der radikalen Kreise mit der Reaktion ist deshalb keine gleichgültige Sache, denn darüber dürfte kaum ein Zweifel bestehen, daß, wenn die Reaktion von rechts mit ihren Umsturzbestrebungen Erfolg haben sollte, es mit ihrer Beseitigung nicht ganz so leicht sein würde, wie die Radikalen ihren Anhängern versichern. Diese würden sicher eine bittere Enttäuschung erleben. Zur Umkehr wäre es dann freilich zu spät. Die Geschichte der großen französischen Revolution und die der weiteren Revolutionen bis 1848 bieten uns hinreichende Beispiele dafür, wie die einmal zum Sieg gelangte Reaktion sich zu behaupten vermag. Daran ändert auch die von radikaler Seite genährte Hoffnung auf eine dann eintretende Einigung aller Arbeiter nichts. Warum tritt man denn allen Einigungsbestrebungen entgegen, wo man die Einigung der Arbeiter bei einigem guten Willen jetzt schon haben könnte? Man will sie nicht, weil diese Einigung den trotz aller radikalen Phrasen reaktionären unabhängigen und kommunistischen Demagogen nicht in den Kram paßt. Aber abgesehen davon. Zugegeben, daß die Masse der damaligen französischen Proletarier nicht die Geschlossenheit, politische und wirtschaftliche Schulung besaß, wie die heutige deutsche Arbeiterschaft, und deshalb leichter unterdrückt werden konnte. Demgegenüber würden aber der zur Herrschaft gelangenden Reaktion auch ganz andere und wirksamere Kampfmittel zur Verfügung stehen, die sie sicher nicht anders zur Anwendung bringen würde, als es die französische Bourgeoisie getan hat. Unter diesen Umständen wären die Voraussetzungen für einen Zusammenschluß der Arbeiter doch recht fragwürdig, denn von den Radikalen würde alles verjagt werden, [illegible]. Und ob dann der Ruf der heutigen radikalen Wortführer der von reaktionärer Seite [illegible] Dank im Lager der Gelben oder Indifferenten.

Ferner macht man die Rechnung vollständig ohne die Entente, die einer reaktionären Regierung, die ihr die Erfüllung der Friedensbedingungen zusagt, weitgehendste Förderung zuteil werden ließe. Kann es doch den Ententekapitalisten nur angenehm sein, wenn die Anfänge einer sozialistischen Entwicklung in Deutschland möglichst schon im Keime erstickt werden. Die Verwirklichung der radikalistischen Pläne würde deshalb für die deutschen Arbeiter von ungeheurem Schaden begleitet sein. Neben den Schrecken des Bürgerkrieges würde ihre Niederlage den Zusammenbruch der Arbeiterbewegung herbeiführen. Alles was in mehr wie einem Menschenalter im schweren politischen und wirtschaftlichen Kampf errungen und mühsam aufgebaut wurde, ginge verloren. Die Organisationen würden auseinandergetrieben und zur Machtlosigkeit verurteilt. Um Jahrzehnte zurückgeworfen, würde die Arbeiterschaft wieder anfangen müssen, von neuem aufzubauen, um auch nur den Stand der Arbeiterbewegung vor dem Krieg zu erreichen. Das damit nicht zu schwarz gemalt wird, beweist der Zusammenbruch der Räteherrschaft in Ungarn und das Wüten der dortigen Reaktion. Die deutsche Arbeiterschaft hat deshalb alle Ursache, sich von der radikalen Phraseologie unwissender oder demagogischer Phantasten nicht umnebeln und irreführen zu lassen. Der von dort gewiesene Weg führt nicht aufwärts und zur Freiheit, sondern ins Verderben!

Der internationale Holzarbeiterkongreß in Amsterdam.

Vertreten sind Deutschland durch 5 Delegierte, Holland durch 4, Frankreich und England durch je 3, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen und Österreich durch je 2 und die Schweiz und Luxemburg durch je einen Delegierten. Insgesamt sind aus 11 Ländern 27 Delegierte anwesend, die 781 600 Mitglieder vertreten.

Der Kongreß, der im Cafe „Parkzicht“ tagte, konnte am 8. Dezember erst nachmittags eröffnet werden, da ein Teil der Delegierten am Vormittag durch die Erledigung der Paßformalitäten aufgehalten war.

Woudenberg (Holland) eröffnet den Kongreß und weist in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß die Internationale Union der Holzarbeiter vor dem Krieg zu den besten internationalen Gewerkschaftsbünden gehört hat. Mehrere der Internationalen Union angeschlossene Verbände, die nicht vertreten sind, haben sich entschuldigt. Eine Sympathiekundgebung ist aus Argentinien eingegangen; auch aus Spanien, aus Italien und aus Bulgarien liegen Begrüßungsschreiben vor.

Es folgt die Wahl des Bureaus, die aus zwei Vorsitzenden und zwei Schriftführern bestehen soll.

Chanvin (Frankreich) schlägt Woudenberg als Vorsitzenden vor.

Malop (Holland) empfiehlt weiter, Leipart als Mitvorsitzenden und als Schriftführer einen Franzosen und einen Engländer zu wählen.

An diese Vorschläge knüpft sich eine Debatte, in welcher Chanvin (Frankreich) und De Bloemynck (Belgien) erklären, daß sie aus sachlichen Gründen gegen die Wahl des internationalen Sekretärs zum Vorsitzenden sind. Die Diskussion wird durch Leipart beendet der erklärt, daß er auf seine Wahl verzichte, zumal es zweifelhaft sei, ob er bis zum Schluß auf dem Kongreß anwesend sein könne; er schlage deshalb vor, an seiner Stelle Tarnow zum Vorsitzenden zu wählen.

Chanvin erklärt namens der französischen und belgischen Delegierten, daß sie diesen Vorschlag akzeptieren, da sie sich bei ihren Einwendungen nur von sachlichen Motiven hätten leiten lassen. Sie bedauern, nicht gleich daran gedacht zu haben, statt Leipart einen anderen Deutschen vorzuschlagen.

Nachdem Gossip (England) erklärt hat, daß die Engländer zugunsten der Skandinavier auf eine Vertretung im Bureau verzichten, wird dies zusammengesetzt aus Woudenberg (Holland) und Tarnow (Deutschland) als Vorsitzenden und Roux (Frankreich) und M. Petersen (Dänemark) als Schriftführer.

Nach der Konstituierung des Kongresses richtet Stenhuis, der Vorsitzende des Niederländischen Gewerkschaftsbundes, einige Begrüßungsworte an den Kongreß, dem er guten Erfolg wünscht. Dann wird in die Beratung des Berichts des internationalen Sekretärs eingetreten.

Leipart verweist darauf, daß ein Bericht für diese Zeit von 1910 bis 1914 als Vorlage für den geplanten Kongreß in Wien den Organisationen zugesandt worden sei. Ein Bericht für die Zeit von 1914 bis 1919 liegt gedruckt vor. Er erinnert daran, daß die Geschichte unserer Internationalen Union bis auf das Jahr 1891 zurückgeht. Damals fand in Brüssel eine internationale Konferenz der Holzarbeiter statt, der eine gleiche im Jahre 1893 in Zürich folgte. Die eigentliche Gründung der Internationalen Union erfolgte aber erst in Amsterdam im Jahre 1904. Dann fanden Kongresse statt im Jahre 1907 in Stuttgart und 1910 in Kopenhagen.

Bei der Gründung der Internationalen Union war man sich klar darüber, ihre Ziele nicht zu weit zu stecken. Die Voraussetzung für eine gute internationale Verbindung ist die Kräftigung der nationalen Organisationen. Man hat sich darauf beschränkt, Beziehungen zwischen den Organisationen in den verschiedenen Ländern anzuknüpfen, um sich gegenseitig über die Bewegung und über wichtige Vorgänge zu unterrichten. Bei Lohnbewegungen wollten wir uns gegenseitig Nachricht geben und den Zuzug fernhalten. Die finanzielle Unterstützung von Lohnkämpfen sollte nicht eine Aufgabe der Internationalen Union sein; sie konnte nur ausnahmsweise in Frage kommen, wenn sie möglich und notwendig war. Die Internationale Union der Holzarbeiter war vor dem Krieg die größte internationale Verbindung von Gewerkschaften insofern, als sie sich auf die größte Zahl von Ländern erstreckte. Auch der Krieg hat es nicht vermocht, sie zu zerstören. Trotz der Grenzsperre wurden Nachrichten ausgetauscht, auch die Beiträge wurden gezahlt, außer von den Ländern, wo es beim besten Willen nicht möglich war. Von keiner Seite ist eine Austrittserklärung erfolgt.

Die Internationale Union hat die Aufgabe, die sie sich gestellt hat, erfüllt. Tausende Berichte wurden ausgetauscht. Durch ihre Veröffentlichung im „Bulletin“ haben sie die Kenntnis von den organisatorischen Einrichtungen in anderen Ländern verbreitet und dadurch zur Verbesserung der eigenen Einrichtungen angeregt. In der Zeit von 1911 bis 1914 wurden daneben finanzielle Unterstützungen gewährt für Bulgarien, Finnland, England und Holland. Die Unterstützungen wurden durch freiwillige Beiträge der Organisationen aufgebracht, zu welchen das Sekretariat aufforderte. Da dieser Weg nicht das gewünschte finanzielle Ergebnis zeitigte, war geplant worden, auf dem Kongreß 1914 einen anderen Modus vorzuschlagen. Bereits im Jahre 1910 hatte man über die Einführung einer internationalen Reiselegitimation verhandelt. Hierzu hatte der Sekretär für 1914 einen Entwurf vorbereitet; auch die Vornahme einer Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen war für die Beschlußfassung auf dem geplanten Kongreß in Wien vorgesehen. Die für jenen Kongreß aufgestellte Tagesordnung war ein Gradmesser für die Entwicklung der Internationalen Union bis zu diesem Zeitpunkt.

Es ist nicht möglich, auf alle Einzelheiten der Tätigkeit des internationalen Sekretärs einzugehen; auch der schriftliche Bericht gibt nur ein unvollständiges Bild. Das Mandat, das ihm im Jahre 1910 von neuem übertragen wurde, könne er, so erklärt Leipart, zurückgeben in dem Bewußtsein, daß seine Tätigkeit nicht vergeblich war. Er trete nun von seinem Amt zurück, aber die Internationale Union der Holzarbeiter besteht. Sie hat den Krieg überstanden; das gibt uns die Gewißheit, daß keine Macht der Erde imstande sein wird, sie zu zerstören.

2. Verhandlungstag, 9. Dezember.

Die Diskussion des Berichts eröffnet

De Bloemynck (Belgien): Wir können die Behauptungen des Berichts nicht ohne Widerspruch hinnehmen. Ohne gewisse Länder nennen zu wollen, müsse er doch sagen, daß es nicht richtig sei, daß die organisierten Arbeiter aller Länder ihr möglichstes getan hätten, um den Krieg zu verhüten. Belgien hat während des Krieges keine Berichte an den internationalen Sekretär gesandt, weil das Land abgesperrt war; es sei aber auch beschlossen worden, vor dem Ende des Krieges nicht zu berichten.

Kopp (Schweiz): Wir haben in der Schweiz als Klassenkämpfer gewählt. Diese Tätigkeit hat man früher in der Arbeiterschaft als Tugend betrachtet, sie ist aber in Verruf gekommen, seitdem es sozialistische Minister gibt. Die Beamtenautokratie in den deutschen Gewerkschaften hat zur Verwirrung beigetragen. Die Beamten, die nicht mehr mit den Arbeitern fühlen, sind schuld an den unerfreulichen Vorgängen im Krieg. Deshalb hat die Schweiz auch keinen Beamten, sondern einen berufstätigen Kollegen auf diesen Kongreß geschickt. Wir wollen den Deutschen hier kein Schuldbekenntnis abpressen, aber wir müssen erklären, daß ihr Verhalten für uns eine schreckliche Enttäuschung war. Leipart hat sich darüber beschwert, daß wir seine Erklärung zum Krieg nicht abgedruckt haben, wir wären aber damit ausgelacht worden. Wir haben während des Krieges die deutsche Gewerkschaftspresse aufmerksam verfolgt. Wir betrachteten uns als Horchposten. In einem Gewerkschaftsblatt, nicht in der „Holzarbeiter-Zeitung“, stand, daß uns jetzt die Streikbrecher und die Gelben des eigenen Landes näher stünden als die Arbeiter in den feindlichen Ländern. (Widerspruch der Deutschen.) Im Correspondenzblatt der Generalkommission stand, daß der Friede von Bukarest ein gerechter Friede sei, dafür ist Leipart verantwortlich als Mitglied der Generalkommission. Den Bericht des Sekretärs für 1910 bis 1914 können wir genehmigen, aber für die Zeit von 1914 an müssen wir dem Sekretär die Decharge verweigern.

Mrkwicka (Österreich): Wir kommen aus einem Land, das völlig zerrüttet ist. Wir sind ein Bettelvolk von sechs Millionen geworden und gehen zugrunde, wenn uns nicht die ganze Welt hilft. Wir konnten den Krieg nicht verhindern, wie auch keine andere Macht dazu imstande war. Deshalb wäre es ein Unrecht, Leiparts Bericht zu desavouieren. Mit dem internationalen Sekretär haben wir die Verbindung stets aufrechterhalten. Wir fühlen uns als ein Stück von Deutschland, trotz des Friedens von St. Germain. Unsere Organisation hat sich kräftig entwickelt. Unser Verband hat in Deutsch-Österreich jetzt mehr Mitglieder als früher in dem viel größeren Gebiet.

Gossip (England): Unsere Organisation hat während des Krieges drei Berichte an den internationalen Sekretär gesandt, wir wissen aber nicht, ob sie angekommen sind. Wir waren für die Aufrechterhaltung der internationalen Verbindung. Gegenüber Kopp, der sich gegen die Bureaukratie in den Gewerkschaften wandte, bemerkt Redner, daß es zwei Sorten von Angestellten gebe, nämlich solche, die die Interessen der Mitglieder vertreten, und solche, die es nicht tun. Seine Arbeit wird von den Mitgliedern seiner Organisation hoch geschätzt. Unsere Stellung im Krieg läßt sich etwa so umschreiben: Wir haben unsere eigenen Kinder am liebsten, aber das ist kein Grund, die Kinder der andern zu hassen. Daß ein deutsches Gewerkschaftsblatt sich in dem von Kopp behaupteten Sinn geäußert habe, glaube er nicht. Der Kampf gegen den Kapitalismus muß künftig noch weit schärfer geführt werden. Schon in den Schulen muß der Gedanke der Internationalität gepflegt werden. Mit allen Mitteln müssen wir den Militarismus bekämpfen; in dieser Hinsicht sollten Karl Liebknecht und Klara Zetkin Vorbilder sein. Der angeregten Kundgebung gegen die Blockade Rußlands schließen wir uns gern an. Wir sind beschämt, daß unser Land die Russen hindern will, den Kapitalismus zu bekämpfen.

Cameron (England): Die von ihm vertretene Organisation ist mit der des Vorredners der gleichen Meinung. Die Hauptschuld am Krieg trägt der Umstand, daß die Arbeiter den Internationalismus noch nicht genügend verstanden haben. Unsere Internationale Union müssen wir so ausbauen, daß sie künftig praktische Arbeit leistet. Augenblicklich tagt eine Konferenz der englischen Arbeiterpartei, die 4½ Millionen Mitglieder umfaßt. Sie wird beschließen, daß die Zurückziehung der englischen Truppen aus Rußland nötigenfalls durch den Generalstreik erzwungen wird.

Petersen (Kopenhagen): Die Skandinavier sind glücklich, vom Krieg verschont geblieben zu sein. Die Arbeiter haben aber die durch ihn verursachte Teuerung doch gespürt. Die Not hat die Arbeiter in die Organisationen gezwungen. Die Holzarbeiterorganisationen in den drei skandinavischen Ländern umfassen jetzt etwa 75 000 Mitglieder. Der Achtstundentag mit freiem Sonnabendnachmittag ist in den Großbetrieben ei-

geführt, vom 1. Januar 1920 an wird er auch in den Kleinbetrieben in Kraft treten. In Schweden sind drei Viertel der Arbeiter im Genuß von acht Tagen Ferien. Wir müssen es vermeiden, gegenseitig die nationalen Gefühle zu verletzen. Die Einigkeit macht uns stark. Unsere Internationale muß mächtig ausgebaut werden. Zum Schluß weist der Redner auf die Aussperrung in der schwedischen Möbelindustrie hin, was Gossip zu der Bemerkung veranlaßt, daß demnach die schwedischen Unternehmer ihre Arbeiter ebenso lieben wie die englischen Unternehmer die Arbeiter ihres Landes.

Rouz (Frankreich) hätte gewünscht, daß der Bericht des Sekretärs vorher versandt worden wäre. Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß wir uns über den Rücktritt Leiparts freuen. Wir hegen kein Mißtrauen gegen ihn, wir bewundern die von ihm geleistete Arbeit. Die Internationale der Arbeiter soll uns gegen den Kapitalismus schützen, aber auch gegen die Arbeiter, die unsere Bestrebungen nicht verstehen. Man muß die Ursachen des Krieges vorurteilsfrei untersuchen, dann werden wir auch die Vorkommnisse verstehen.

In der

Nachmittagssitzung

gibt der Vorsitzende Woudenberg zunächst Kenntnis von dem Eingang eines Begrüßungstelegramms der Holzarbeiterorganisation in Finnland. Dann begrüßt

Fimmen (Amsterdam) den Kongreß im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Er verweist darauf, daß außer dem Internationalen Gewerkschaftsbund auch schon mehrere internationale Berufskongresse in Amsterdam getagt haben. In der Internationale der Arbeit soll die Internationale Union der Holzarbeiter ein starkes Bataillon bilden. Die Arbeiterinternationale muß so stark werden, daß es dem Kapitalismus nicht mehr gelingt, Arbeiter gegen Arbeiter zu hetzen. Wir wollen dazu beitragen, daß Kapitalismus und Imperialismus nie mehr Gewalt erlangen; Brüderlichkeit und Menschlichkeit sollen künftig auf Erden herrschen. Fimmen, der erst holländisch gesprochen und dann seine Worte selbst ins Deutsche, Englische und Französische übersetzt hat, erntete für seine warmherzigen Ausführungen lebhaften Beifall.

Tarnow (Deutschland) gibt zunächst seiner Freude über die sachlich geführte Diskussion Ausdruck. Die Deutschen sind mit gutem Gewissen hierher gekommen. Ein Schuldbekenntnis hätten wir, wenn das verlangt worden wäre, nicht abgelegt. Die Schuld am Krieg trägt der Umstand, daß die Arbeiterklasse schwächer war als die Macht des Kapitalismus und des Imperialismus. Das war in allen Ländern so. Wir haben Verständnis für die Erbitterung der Belgier und Franzosen über die Verwüstung ihres Landes. Deshalb erfüllt es uns mit um so größerer Befriedigung, daß die Kollegen hier nicht die deutschen Arbeiter für die Vorkommnisse verantwortlich machen. Wenn Kopp sagte, die schweizerischen Arbeiter könnten die Haltung der deutschen Gewerkschaften nicht verstehen, so beruht das auf Gegenseitigkeit. Auch in den Organisationen der anderen Länder sehen wir manches, was wir nicht verstehen. Wir sagen aber dann nicht, es sei falsch, sondern wir erkennen, daß die nationale Kultur in den verschiedenen Ländern sich verschieden entwickelt, und daß sich ihr auch die Gewerkschaftsbewegung anpaßt. Bei uns existiert die Beamtenherrschaft in der Organisation, die Kopp zu erblicken glaubt, keineswegs. Überall haben in der Verwaltung die werktätigen Kollegen die Mehrheit. Wir haben in der deutschen Arbeiterschaft verschiedene politische Richtungen, die auch in unserem Verbandsvorstand vertreten sind, aber in gewerkschaftlichen Fragen herrscht unter uns volle Einmütigkeit. Auch im Krieg sind unsere Beschlüsse immer einstimmig gefaßt worden. Die Behauptungen, die Kopp über ein deutsches Gewerkschaftsblatt aufgestellt hat, glaube ich nicht; wären sie wahr, dann würde auch ich sie verurteilen. Bei unserer großen Arbeiterbewegung kann der einzelne nicht verantwortlich gemacht werden für das, was andere tun. So wird Gossip wohl die Verantwortung für die Tätigkeit von Havelock Wilson ablehnen, und unsere französischen Kollegen sind mit Hervé sicher nicht einverstanden. Wenn hier gesagt wird, man könne unsere Stellung zur Vaterlandsverteidigung nicht verstehen, dann muß auf unsere Lage zu Beginn des Krieges hingewiesen werden. Was der Friede von Versailles wahrgemacht hat, stand uns stets drohend vor Augen. Den schwersten Schaden tragen die Arbeiter. Das zu verhüten, haben wir angestrebt. Wir haben für einen gerechten Frieden ohne Sieger und ohne Besiegte gekämpft. Im Kampf gegen den Kapitalismus stehen die Deutschen ihren Mann, und wir wünschen, daß man auch in den anderen Ländern soweit wäre. Auf die Revolution in England und in Frankreich haben wir unsere Hoffnung nicht gesetzt. Solange der Kapitalismus in den anderen Ländern noch gestützt wird, können wir ihn bei uns allein nicht vernichten. Unsere Verhandlungen hier haben uns der Einigkeit ein großes Stück nähergebracht. Wir glaubten, daß es länger dauern würde, bis die Erbitterung verschwunden ist. Wir sind der Verständigung viel näher gekommen, als wir gehofft hatten; unsere Freude darüber wird von unseren Kollegen in Deutschland geteilt werden.

Chauvin (Frankreich): Wir wollen uns nur darauf beschränken, unser Wirken in der Zukunft zu besprechen. In ideeller Beziehung haben die Deutschen ihre Pflicht nicht getan, nur ihre materiellen Leistungen erkennen wir an. Ihre Stärke ist es, schöne Statistiken zu machen. Wieder droht der Krieg, deshalb müssen wir hier einig sein. Warum ist der Aufruf der Schweizer für den Frieden nicht in das „Bulletin" aufgenommen worden? Vielleicht reichte der Raum nicht, aber es ist bedauerlich. Wir müssen den Krieg verhüten, auch wenn man uns deshalb ins Gefängnis wirft.

Leipart: Die Gründe für die Nichtaufnahme der Schweizer Erklärung sind später im „Bulletin" bekanntgegeben worden. Der Hauptgrund war, daß die Schweizer das „Bulletin" für eine politische Aktion benutzen wollten. In der Internationalen Union wollen wir uns aber grundsätzlich nicht mit politischen Fragen beschäftigen. Dazu kam, daß wir in Deutschland wie in den anderen Ländern unter der politischen Zensur und der militärischen Diktatur standen. Wenn De Blaemynck glaubt, daß die Arbeiter nicht überall alles getan hätten, um den Krieg zu verhüten, dann wolle der Redner dem nicht widersprechen, aber dann richtet sich sein Vorwurf gegen andere. Die Belgier und ebenso die Deutschen konnten nicht mehr tun, als geschehen. Cameron hat bedauert, daß das Sekretariat nicht zu Beginn des Krieges in ein neutrales Land verlegt wurde, weil dann die Verbindung aufrechterhalten worden wäre. Er hat das Bulletin nicht erhalten, sonst wüßte er, daß alsbald die Kollegen in Dänemark, der Schweiz und Holland ersucht wurden, die Verbindung zwischen dem Sekretär und den Kollegen in den Ententeländern zu übernehmen. Kopp sagte, man wäre ausgelacht worden, wenn man die Erklärung des Sekretärs in der Schweiz veröffentlicht hätte. Er hat einen Teil der Erklärung hier verlesen, aber an der entscheidenden Stelle hat er abgebrochen. Über den Aufruf zur internationalen Solidarität hätte man auch in der Schweiz nicht gelacht. Der Abdruck ist nur unterblieben, weil man andernfalls keine Gelegenheit gehabt hätte, über den Chauvinismus des Sekretärs zu schelten. Eine Begründung für den Antrag, dem Sekretär für die Zeit von 1914 bis 1919 die Decharge zu verweigern, hat Kopp nicht gegeben. Leipart gibt zum Schluß seiner Freude Ausdruck über den Verlauf der Debatte. Er erblickt darin einen Triumph des Gedankens der Solidarität, den er stets vertreten hat. Das bietet die Gewähr, daß die Internationale Union der Holzarbeiter weiter blühen und gedeihen und sich so entwickeln wird, daß sie allen Anfechtungen Trotz bieten kann.

Vor der Abstimmung über den Bericht erklärt De Blaemynck namens der Delegierten aus Frankreich, Belgien und Luxemburg, daß sie bereit seien, dem Sekretär Decharge zu erteilen, daß sie aber ihre Vorbehalte aufrechterhalten. Die vom Sekretär geleistete Verwaltungsarbeit erkennen sie rückhaltlos an.

Vorsitzender Woudenberg: Man kann nur annehmen oder ablehnen. Vorbehalte stehen nicht zur Abstimmung.

Kopp (Schweiz): Die Reden von Tarnow und Leipart haben mich nicht überzeugt, aber ich ziehe meinen Antrag zurück. Da England, Frankreich und Belgien den Bericht annehmen, habe ich keinen Anlaß, päpstlicher zu sein als der Papst.

Chauvin (Frankreich): Wir nehmen den Bericht an. Was wir gesagt haben, kommt in das Protokoll. Unsere Beanstandungen haben sich ausschließlich auf politische Vorgänge bezogen.

Woudenberg stellt nun fest, daß dem Sekretär einstimmig Decharge erteilt ist. Er verknüpft mit dieser Feststellung den Ausdruck des Dankes für die seitherige Tätigkeit Leiparts. Er teilt weiter mit, daß die Skandinavier gebeten haben, nach ihrer Landessitte den Bericht mit Händeklatschen anzunehmen. An dieser Ovation für Leipart beteiligen sich alle Teilnehmer des Kongresses.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft die Wahl einer Kommission für die Ausarbeitung eines neuen Statuts. Es wird beschlossen, die Sitzung zu vertagen und morgen zunächst über den Sitz der Internationalen Union eine Entscheidung zu treffen.

3. Verhandlungstag, 10. Dezember.

Tarnow: Solange die Internationale Union besteht, war ihr Sitz in Deutschland. Wir betrachteten das als eine Ehre. Unsere Verbandseinrichtungen ermöglichten es uns, die Arbeit zu leisten und die Opfer auf uns zu nehmen, die das Land zu bringen hat, welches das Internationale Sekretariat beherbergt. Außerdem hatten wir aber auch in der Person von Leipart eine außerordentliche Arbeitskraft, die es verstanden hat, unsere Union zu dem zu machen, was sie jetzt ist. Nun ist Leipart von uns geschieden, er kommt also für das Amt des Sekretärs nicht mehr in Betracht. Andererseits erscheint es zweckmäßig, die internationalen Berufssekretariate in enge Verbindung mit dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu bringen, der seinen Sitz in Amsterdam hat. Die Voraussetzungen für die Unterbringung unseres Sekretariats in Amsterdam scheinen gegeben. Deshalb schlagen wir vor, den Sitz nach Holland zu verlegen und den Kollegen Woudenberg, dessen Talente wir kennengelernt haben, zum Sekretär zu wählen.

Walop (Holland): Dieser Vorschlag kommt uns nicht unerwartet. Wir wissen, daß uns die Verwaltung des Internationalen Sekretariats schwere Pflichten auferlegen wird, aber wir wollen das Opfer auf uns nehmen und es uns zur Ehre anrechnen, wenn der Sitz des Internationalen Sekretariats nach Holland verlegt wird.

Die Verlegung des Sitzes nach Holland wird einmütig beschlossen. Zur Wahl des Sekretärs erklärt

Cameron (England), er freue sich, daß Woudenberg vorgeschlagen wurde, und daß der Vorschlag von den Deutschen kommt.

De Blaemynck unterstützt den Vorschlag gleichfalls. Er kennt Woudenberg als tüchtigen Kollegen. Die Belgier haben früher geglaubt, daß die Holländer nur nach Osten blicken, sie werden sich aber nun überzeugen, daß sie auch nach Westen sehen. Er hofft, daß dem Sekretär alle Länder in gleicher Weise am Herzen liegen werden.

Nachdem die einmütige Annahme des Vorschlages festgestellt ist, dankt

Woudenberg für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er hofft, es zu rechtfertigen.

Es folgt der

Kassenbericht.

König (Deutschland) verweist auf die gedruckt vorliegende Abrechnung, die mit einem Defizit von 778,51 Mk. abschließt. Dazu kommen aber noch 6110,60 Mk., welche der Deutsche Holzarbeiter-Verband im Jahre 1916 zur Deckung des damaligen Defizits vorgeschossen hat. Unter Einrechnung der inzwischen erfolgten Ausgaben dürfte das Defizit augenblicklich etwa 8000 Mk. betragen. Durch Nachzahlung der während des Krieges gestundeten Beiträge dürften etwa 4000 Mk. gedeckt werden.

Nachdem dem Kassierer Decharge erteilt ist, wird über die künftige Finanzierung des Sekretariats beraten. Hierzu wird beschlossen, daß die Organisationen, die während des Krieges keine Beiträge abführen konnten, diese, soweit sie dazu imstande sind, nachzahlen sollen, und zwar in der seitherigen Höhe von 2 Frank pro 100 Mitglieder und Jahr. Vom Jahre 1920 an wird der Beitrag auf 15 Gulden pro 1000 Mitglieder festgesetzt mit der Maßgabe, daß der Berechnung die Währung der Vorkriegszeit (1 Gulden = 1,70 Mk.) zugrunde gelegt wird. Einmütigkeit besteht auch darin, daß gemischte Verbände, wie der durch Chauvin vertretene französische Bauarbeiter-Verband, der unter seinen 175000 Mitgliedern nur zum kleineren Teil Holzarbeiter umfaßt, nur für diese Beiträge an unsere Internationale Union leisten.

Bei der Wahl einer Kommission für die Ausarbeitung eines neuen Statuts wird als deren Aufgabe festgestellt, daß sie gemeinsam mit dem Sekretär die nötigen Vorbereitungen treffen soll. Die angeschlossenen Verbände sind berechtigt, ihre Vorschläge bis zum 1. April 1920 dem Sekretär einzureichen. Alsdann wird die Kommission zusammentreten und einen Entwurf feststellen, der dem nächsten Kongreß zur Beschlußfassung unterbreitet wird. In diese Kommission werden gewählt: Gossip für England, De Blaemynck für Frankreich und Belgien, Petersen für Skandinavien und Tarnow für die deutschsprachigen Länder.

Chauvin weist darauf hin, daß in Frankreich die Bauarbeiter aller Berufe im Bauarbeiter-Verband vereinigt sind. In solche Betriebsorganisationen sollen sich auch die Arbeiter in den andern Länder vereinigen, und die gewählte Kommission sollte diesen Gedanken auch im Statut unserer Internationalen Union zum Ausdruck bringen.

Diese Anregung führt zu einer Aussprache, die erkennen läßt, daß man unter den Begriffen Betriebsorganisation und Industrie-Verband in den verschiedenen Ländern ganz verschiedenartige Organisationsformen versteht.

Leipart macht darauf aufmerksam, daß in den Westländern und in Amerika ein Unterschied zwischen Zimmerern und Bautischlern nicht besteht. Diese bilden daher eine einheitliche Organisation. In Frankreich ist man wegen der engen Beziehungen der Zimmerer zu den Maurern zu dem Bauarbeiter-Verband gekommen, den man hier als Betriebsorganisation bezeichnet. In Schweden versteht man unter Industrie-Verband die von den der Internationale angeschlossenen Verbänden bekämpfte Organisationsform, die sich auf die Arbeiter des einzelnen Betriebes erstreckt. Im allgemeinen hat sich die Internationale Union bisher für den Industrie-Verband ausgesprochen, der alle Berufsverbände der Holzindustrie des einzelnen Landes zusammenfaßt. Den Belgiern, die sich in der nächsten Zeit mit der Frage der Verschmelzung mit dem Bauarbeiter-Verband beschäftigen werden, möchte er empfehlen, lieber die selbständige Holzarbeiterorganisation aufrechtzuerhalten. Jedenfalls sollte es die Internationale Union vermeiden, in der Organisationsform einen Zwang auszuüben, wie sie es auch bisher nicht getan hat. So besteht z. B. in Dänemark noch eine größere Anzahl von Branchenorganisationen, die unter Wahrung ihrer Selbständigkeit im Holzarbeiter-Sekretariat zusammenwirken.

Chauvin ersuchte noch einmal, seinen Vorschlag in Erwägung zu ziehen. Die Pflege der Statistik und die Auskunftserteilung, mit der sich andere Organisationen beschäftigen, mag nützlich sein, er möchte aber den Gewerkschaften größere Aufgaben zuweisen.

Die Diskussion schließt mit der Feststellung, daß im Statut der Internationalen Union eine bestimmte Organisationsform nicht vorgeschrieben werden soll.

Die Bestimmung des Ortes für den nächsten Kongreß bleibt der Kommission überlassen.

Damit ist die eigentliche Tagesordnung erschöpft. Es liegen aber noch einige Resolutionen vor, die zur Debatte gestellt werden.

Die französischen und belgischen Delegierten beantragen die folgende

Prinzipien-Erklärung.

Hinsichtlich der Fassung des zukünftigen Statuts der Internationalen Union beschließt der Internationale Kongreß der Holzarbeiter die folgende grundsätzliche Erklärung:

Der Friede zwischen den Völkern, die vollständige Befreiung der internationalen Arbeiterschaft kann nur erreicht werden durch eine völlige Verständigung und Einmütigkeit aller Völker. Diese Einmütigkeit muß sich gründen auf eine energische Tätigkeit in allen Ländern und allen Arbeiterorganisationen, die sich gegen den Militarismus richtet und die Beseitigung der Heere zum Ziele hat. Der Kapitalismus allein hat Interesse an der Erhaltung der Heere und der Kriegsflotten. Die Folge ist, daß jetzt mehr als je die Arbeiterklasse der ganzen Welt alle ihre Kräfte darauf richten muß, die Herrschaft des Kapitalismus zu überwinden und eine Wirtschaft zu gründen, in der die Ausbeutung eines Menschen durch den andern verschwunden ist und die Arbeit geehrt und herrschend wird.

Hierzu beantragte namens der deutschen Delegierten Tarnow den folgenden Zusatz:

Ausgehend von dieser allgemeinen Erwägung, begrüßt es die Konferenz mit großer Freude, daß in der Internationalen Union der Holzarbeiter die alte Brüderlichkeit wiederhergestellt worden ist. Die Konferenz stellt fest, daß zwischen den Holzarbeitern derjenigen Länder, die der Internationalen Union angehören, keine Feindschaft und kein Mißtrauen mehr besteht. Sie fordert die Organisationen der Holzarbeiter in allen Ländern auf, sich der Internationalen Union anzuschließen, um in einheitlicher Front für die gemeinsamen Interessen zu kämpfen.

Diese Erklärung wird einstimmig angenommen. Gossip (England) schließt daran die Bitte, es bei der Zustimmung nicht bewenden zu lassen. Jeder möge in seiner Heimat auch dafür wirken, daß der Gedanke der Erklärung Gemeingut werde.

Eine zweite von den Franzosen und Belgiern beantragte Resolution hat nach Anfügung eines von Woudenberg beantragten Zusatzes folgende Fassung:

Der Internationale Kongreß der Holzarbeiter protestiert auf das schärfste gegen die über Rußland verhängte Blockade. Er ruft alle angeschlossenen Organisationen auf, im Einverständnis mit den übrigen Gewerkschaften ihrer Länder mit aller Kraft dahin zu wirken, daß die Regierungen unverzüglich davon Abstand nehmen, ihre Angriffe gegen die Freiheitsbestrebungen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker fortzusetzen.

Der Kongreß erklärt sich solidarisch mit allen Arbeiterorganisationen, die mit klaren Zielen gegen die Zitadelle des Kapitalismus marschieren, um die soziale Demokratie aufzurichten.

Der Kongreß erklärt, daß auch die Holzarbeiter aller Länder bestrebt sind, an der Sozialisierung des Wirtschaftslebens und der Beseitigung der Klassengegensätze mitzuwirken, um so den Frieden zwischen den Völkern zu sichern.

Auch diese Resolution wird einstimmig angenommen.

Von den holländischen Delegierten ist die folgende Resolution eingegangen:

Der Internationale Kongreß der Holzarbeiter fordert im Namen der Mitglieder aller hier vertretenen Organisationen die Freilassung der deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen in Frankreich. Er legt Protest dagegen ein, daß deren Freilassung so lange verzögert wird.

Der Kongreß spricht seine Sympathie und Teilnahme mit der notleidenden Bevölkerung Österreichs aus und fordert die Mitglieder der angeschlossenen Organisationen auf, überall finanziell und moralisch die Maßnahmen zu unterstützen, welche geeignet sind, die Hungersnot in Österreich zu beseitigen.

Chanvin erklärt zu dem ersten Teil der Resolution das volle Einverständnis der französischen Delegierten. Die französischen Arbeiter tun alles, um die Freigabe zu erreichen und sie hoffen, daß bald entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

Fimmen spricht zu dem zweiten Teil. Er ist soeben von einer Reise nach Wien zurückgekehrt, und er entwirft aus eigener Anschauung ein erschütterndes Bild von dem ungeheueren Elend, das dort herrscht.

Die Resolution wird gleichfalls einstimmig angenommen.

Mrkwicka dankt namens der österreichischen Arbeiter. Der Hunger bedroht nicht nur das Leben der Bevölkerung, er bedroht auch den Bestand der Republik. Die Reaktionäre rechnen schon damit, durch den Hunger die Republik zu vernichten. Wenn wir nur Brot haben, sind wir gerettet.

Damit ist die Tätigkeit des Kongresses beendet. Nachdem Leipart warm empfundene Abschiedsworte an die Internationale Union gerichtet, hält namens des Bureaus Roux (Frankreich) eine Schlußrede, in der er namentlich Leipart für das dankt, was er für die Internationale Union getan und mit Begeisterung die Brüderlichkeit feiert, die auf dem Kongreß geherrscht hat. Er wünscht, daß diese Einmütigkeit und Brüderlichkeit Gemeingut der Arbeiter aller Länder werden möge. Dann wird es keine Kriege mehr geben. Die Grenzen werden sich verwischen, über sie hinweg werden sich die Arbeiter die Hände reichen und eine Internationale der Menschheit gründen, die Glück und Wohlfahrt für alle gewährleistet.

Um 7 Uhr abends wurde der Kongreß geschlossen. Die Delegierten trennten sich in dem frohen Bewußtsein, gute Arbeit für die Wiederannäherung der Völker geleistet zu haben.

Soziales.

Preisunterschiede.

Aus dem Reichswirtschaftsministerium wird uns geschrieben:

„Zwischen einheimischen und ausländischen Produkten sind große Preisunterschiede zu verzeichnen. Das ist hauptsächlich auf den ungünstigen Stand unserer Valuta zurückzuführen. In letzter Zeit ist der Gedanke aufgetaucht, die Inlandspreise den Auslandspreisen anzugleichen. Die Forderung wird damit begründet, daß wir infolge der gesunkenen Valuta unsere Waren nach dem Ausland verschleudern und andere notwendige Waren im Auslande selbst wieder teuer einkaufen müssen. Würden wir nun unsere Warenpreise in die Höhe setzen, dann würden wir vom Ausland bedeutend mehr dafür bezahlt erhalten. Der Gedanke ist bestechend. Aber an die sozialen und wirtschaftlichen Folgen scheint man dabei nicht zu denken. Es ist selbstverständlich, wenn im Inlande die Preise um das Vier- bis Fünffache steigen, daß dann auch die Löhne und Gehälter um das Vier- bis Fünffache steigen müssen. Das geben die Theoretiker auch zu. Sie wollen Löhne und Preise aber nicht auf einmal in die Höhe schnellen lassen, sondern nach und nach. Das dürfte aber eine fortgesetzte Beunruhigung unseres Wirtschaftslebens bedeuten. In übermäßig hohen Preisen findet das Revolutionsfieber seinen Nährboden. Schlimm stände es besonders mit unseren Rentenempfängern (Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen, Unfallrentnern, Pensionären usw.) oder aber man müßte auch die Renten um das Vier- bis Fünffache erhöhen, was naturgemäß wieder eine Erhöhung der Steuern und Abgaben für die Gesamtbevölkerung bedeuten würde. So greift ein Rad ins andere, es wäre eine Schraube ohne Ende. Einzelne Dinge könnten aber von dieser Schraube nicht erfaßt werden, und das würde zur Katastrophe führen. Wir können z. B. den Bargeldbestand auf den Kassen und Banken nicht um das Vier- bis Fünffache vermehren. Das Kapital unserer Industrie und des Handels würde deshalb im Werte um das Vier- bis Fünffache sinken. Der kleine Handwerker mit seinem sauer ersparten Geld könnte nur noch den fünften Teil Waren einkaufen. Und besonders der Familienvater, dem es durch jahrelange Arbeit und Sparsamkeit gelungen ist, sich einige tausend Mark zu ersparen, hätte wohl noch diese Summe auf der Sparkasse, sie wäre jedoch bei der allgemeinen Preissteigerung nur noch den fünften Teil wert. Der vorgeschlagene Weg birgt so viel Gefahren in sich, daß wir uns nicht verleiten lassen dürfen, denselben zu betreten. Gewiß ist es ein unhaltbarer Zustand, daß wir jetzt unsere Waren ans Ausland halb verschenken, und daß umgekehrt durch das sogenannte Loch im Westen Schieber und Schleichhändler uns mit ausländischen [illegible] überschütten. Es müssen jedoch andere Mittel angewandt werden, um diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen.

Als gangbarer Weg wurde bisher folgender beschritten: Die Regierung erließ ein grundsätzliches Einfuhrverbot, ließ aber [illegible] eine Freiliste bestehen für bestimmte Lebensmittel, Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate, die zur Einfuhr zugelassen werden sollen. Sodann [illegible] sie grundsätzlich Ausfuhrfreiheit, erließ aber eine Verbotsliste für die Produkte, [illegible] die nicht ausgeführt werden dürfen. Dadurch können wir erreichen, daß Lebensmittel und hauptsächlich Rohstoffe ins Land kommen, wir diese in Deutschland verarbeiten, dadurch Arbeitern und Industrie Arbeitsgelegenheit verschaffen und die Fertigwaren dann wieder ausführen. Damit würde unsere Valuta steigen. Notwendig ist weiter, daß wir die deutsche Grenze wieder aufrichten, eine scharfe Grenzkontrolle wieder einführen und das Wirtschaftsleben des besetzten Gebietes den deutschen Gesetzen unterstellen. Notwendig ist auch, die Waren, die nach dem Ausland gehen, mit einem Ausfuhrzoll oder einer Abgabe zu belegen, sofern nicht Handel und Industrie aus eigenem Antrieb in den Außenhandelsstellen darüber wachen, daß keine deutsche Ware verschleudert wird. Die Kontrolle muß verschärft werden, verbotswidrig eingeführte Waren sollte man ohne Entschädigung dem Reich überweisen.

Wenn die Regierung bei Anwendung dieser Mittel die Unterstützung der gesamten Bevölkerung findet, dürften dem Schleichhandel die Wege verlegt werden, und der Preisunterschied zwischen Inlands- und Auslandswaren würde nicht oder nicht in so krasser Weise in Erscheinung treten wie jetzt. Leider sind wir bei der Durchführung unserer Maßnahmen nicht wie in Friedenszeiten völlig frei, sondern zum Teil von der Entente abhängig, und diese macht uns leider Schwierigkeiten über Schwierigkeiten, indem sie den D. ng ihren Lauf läßt. Wir hoffen aber, daß es der Regierung gelingt, Mittel und Wege zu finden, auch diese Schwierigkeiten wegzuräumen." —

Hierzu möchten wir bemerken, daß man den angedeuteten Maßnahmen im allgemeinen zustimmen kann. Ganz besonders muß unseres Erachtens Wert darauf gelegt werden, die Verschleuderung deutscher Waren in das Ausland zu verhindern. Nicht einverstanden können wir uns aber damit erklären, daß die Erhebung eines Ausfuhrzolles erst in zweiter Linie in Betracht gezogen wird, für den Fall, daß nicht Handel und Industrie selbst dafür sorgen, daß nicht zu Schleuderpreisen ausgeführt wird.

Der Stand unserer Valuta bedingt es, daß deutsche Waren zu einem Mehrfachen des Inlandpreises auf den ausländischen Markt gebracht werden müssen, wenn das deutsche Angebot dort nicht als Schleuderkonkurrenz empfunden werden soll. Überläßt man es den Fabrikanten und Händlern selbst, diesen Aufschlag zu bestimmen und für sich zu behalten, dann bringt ihnen der Export ungeheuere Gewinne. Das deutsche Volk hat aber nicht das geringste Interesse daran, den Exporteuren diese fetten Hasen in die Küche zu jagen. Der Übergewinn aus der deutschen Ausfuhr muß unverkürzt in die Reichskasse fließen und so dem ganzen Volk zugute kommen. Ob zu diesem Zweck ein hoher Ausfuhrzoll erhoben oder ob ein Reichsmonopol für Ein- und Ausfuhr geschaffen wird, mag gleichgültig sein, jedenfalls muß verhütet werden, das Rechtsempfinden des Volkes dadurch zu beleidigen, daß einzelnen gestattet wird, aus der Not des Volkes Riesengewinne einzuheimsen. Die Sicherung des Übergewinnes durch das Reich ist um so notwendiger, als dieser Übergewinn dazu anreizt, ihn im Ausland anzulegen und so auch der Besteuerung durch das Reich zu entziehen.

Zu den Volksabstimmungen in den Grenzgebieten.

Der Zentralausschuß der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands sprach sich in seiner Sitzung vom 12. Dezember d. J. für den Antrag aus, daß denjenigen Arbeitnehmern, die für die Tage der Abstimmung nach den Abstimmungsgebieten zum Zweck der Abgabe ihrer Stimme reisen, keine Kürzung an ihrem Lohn oder Verdienst widerfahre. Diese Anregung erstreckt sich nicht allein auf Schleswig, sondern auch auf alle anderen Abstimmungsgebiete im Osten und Südosten des Reiches. Die Arbeitsgemeinschaft appelliert an alle Arbeitgeber, im Sinne dieses Beschlusses zu handeln.

Die Lage auf dem Baumarkt.

Noch immer ist Mangel an Baumaterial, was eine Folge der Kohlennot, infolgedessen ist an ein Wiederaufleben des Baumarktes noch immer nicht zu denken. Nach der Meinung des Stadtbaurats Dr. Martin Wagner, wie er sie im „Grundstein" zum Ausdruck bringt, hat die Regierung in der Organisation der Baustoffwirtschaft völlig versagt. Schon in die Zuweisung von Kohlen gerade wegen des großen Mangels, hätte mehr System gebracht werden müssen. Dazu kommt der ungehemmte Schleichhandel und die Ausfuhr von Baustoffen. Die Anordnungen der verschiedenen Behörden durchkreuzten sich, infolgedessen mußte inländisches Material vom Ausland zurückgekauft werden. Die Vorgänge auf dem Holzmarkt haben wir ja schon beleuchtet. Im wesentlichen handelt es sich noch immer und überall um Kleinwohnungsbauten mit staatlichen und kommunalen Zuschüssen. Die von der Industrie vorgenommenen Bauten beschränken sich im wesentlichen auf Erweiterungs- und Umbauten. Infolgedessen haben unsere Kollegen der Baubranchen, besonders Modelleure und Steinbildhauer, unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden. Die Steinindustrie klagt über unzulängliche Wagenstellung zum Transport von Bausteinen. Sehr nachteilig wirkt der Verlust größerer Absatzgebiete im Osten. Die fehlende Bauarbeit konnte zum Teil durch Grabsteinarbeit ersetzt werden, soweit Steinmaterial vorhanden war. In der Marmorindustrie ist genügend Beschäftigungsmöglichkeit vorhanden, für „Nippsachen" aus Marmor sogar Hochkonjunktur. Doch kommt hierfür nur ein kleiner Teil von Arbeitern in Frage.

Um die unbedingt notwendigen Wohnungsbauten zu fördern und damit die dringendste Wohnungsnot zu beheben, ist eine Verordnung des Reichsarbeitsministers am 9. Dezember 1919 erlassen worden. Danach kann der Bezirkswohnungskommissar bei schuldhaftem Verzögern oder bei Leistungsunfähigkeit des Bauherrn das Baugrundstück zugunsten der Gemeinde enteignen, sofern diese bereit und in der Lage ist, den Bau unverzüglich bezugsfähig fertig herzustellen. Die Verwendung bestimmter Baustoffe kann allgemein oder für besondere Fälle verboten bzw. von der Genehmigung des Bezirkswohnungskommissars abhängig gemacht werden. Die Landeszentralbehörde kann anordnen, daß in bestimmten Bezirken Bauten, insbesondere Luxusbauten, nur mit Genehmigung des Bezirkswohnungskommissars ausgeführt werden dürfen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

In Labiau, Farienen und Deutsch-Eylau (Gau Danzig), Ahrenshoop, Mirow, Elmenhorst und Greifenberg i. Pomm. (Gau Stettin), Greulich (Gau Breslau), Soldin, Unruhstadt, Schloppe und Rädnitz (Gau Berlin), Gottleuba (Gau Dresden), Bad Lausigk (Gau Leipzig), Dermbach und Wieba (Gau Erfurt), Eschershausen (Gau Hannover), Sinzig (Gau Düsseldorf), Soden-Saalmünster, Diez a. Lahn, Eschelbronn und Heppenheim (Gau Frankfurt), Heldeck und Dürrwangen (Gau Nürnberg), Oerlenhofen, Dorfen und Grellassing (Gau München), Knittlingen und Zillhausen (Gau Stuttgart) wurden neue Zahlstellen gegründet.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 52. Wochenbeitrag für das Jahr 1919 fällig geworden.

Der zwischen unserm Verband und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband seit dem 1. Februar 1914 bestehende Kartellvertrag war von dem Vorstand des letzteren durch Schreiben vom 12. November zum Jahresschluß gekündigt worden, um eine Nachprüfung des Vertrages, insbesondere der §§ 2 (Zuständigkeit der Verbände) und 3 (Übertritt von Mitgliedern) zu ermöglichen. Durch eine Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Vorständen ist nunmehr die Kündigungsfrist bis zum 20. Februar 1920 verlängert worden. Bis zu diesem Termin behält also der jetzt bestehende Kartellvertrag seine Gültigkeit.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Die Zentralkommission der Bildhauer

ist in der Branchenversammlung der Berliner Kollegen am 8. Dezember gewählt worden. Sie besteht aus folgenden Kollegen: Ernst Bonebold, Heinrich Evers, Dagobert Hildesheim, Edmund Hohm (Holzbranche), Fritz Blum (Modellbranche), Fritz Winter (Steinbranche), Otto Bach (Alabasterbranche). Alle Zuschriften an den Vorsitzenden der Kommission

Heinrich Evers,

Berlin-Friedrichsfelde, Berliner Straße 93.

Zentral-Stellenvermittlung der Bildhauer.

Verlangt: Holzbildhauer nach Nürtingen i. Württemberg (tücht.), Elze i. Hannover (tücht.), Sondershausen i. Thür. (jung, tücht. für Stuhlarbeit), Stuttgart (beff. Arbeit), Mühlhausen i. Thür. (Barock- und Weberle-Manier, bis 4,50 Mk. pro Stunde), Soldin i. Meckl. (beff.). Reflektanten wollen sich schriftlich wenden nach Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2 („Holzarbeiter-Zeitung").

P. Dupont.

Korrespondenzen.

Halle. (Bildhauer.) Die hiesigen Kollegen, welche am 1. Oktober geschlossen zum Holzarbeiter-Verband übergetreten sind, haben ihre Tätigkeit in der Organisationsarbeit sofort als Branche der neuen Organisation weitergeführt. Die ehemalige Verwaltung des Bildhauer-Verbandes ist nach vorangegangener Verständigung mit der hiesigen Verwaltung unseres Verbandes gleich in die Funktionen der Sektionsleitung der Bildhauerbranche eingetreten. Die Kollegen der Holzbranche haben die Hochkonjunktur nicht unausgenützt vorübergehen lassen. Nach Verhandlungen mit den Bildhauermeistern und Möbelfabrikanten gelang es uns, über den Reichstarif hinaus folgende Vereinbarungen zu treffen, welche ab 15. Dezember Gültigkeit haben: 1. Die Mindest- und Durchschnittslöhne der Bildhauer sind im allgemeinen 20 Pf. höher zu bemessen als die im Reichstarif enthaltenen Löhne der Tischler. 2. An jeden Arbeiter ist für die Lieferung und Abnutzung des eigenen Werkzeuges eine Entschädigung von 5 Pf. pro geleistete Arbeitsstunde zu zahlen. 3. Das den Arbeitern gehörende Werkzeug ist für jeden einzelnen im Betrage von 400 Mk. gegen Feuersgefahr zu versichern, die Versicherungssumme zahlt in allen Fällen der Arbeitgeber. Die Bildhauermeister waren zunächst über solche Forderungen unserer Kollegen recht entrüstet, mußten sich aber letzten Endes dem Druck der Verhältnisse fügen. Nachdem nun unsere Kollegen diese Forderungen mit Erfolg durchgeführt hatten, sahen auch einige uns bisher immer fernstehende Kollegen den Nutzen der Organisation ein und ließen endlich ihren Eintritt in die Organisation erfolgen. Allen Kollegen am Ort rufen wir aber zu, unermüdlich weiterzuarbeiten, damit sich auch die Bildhauer unter dem Schutz des Holzarbeiter-Verbandes menschenwürdige Lebensverhältnisse schaffen.

Klingenthal. Unsere Zahlstelle hat sich im Laufe des Jahres in recht erfreulicher Weise entwickelt. Wir zählten am Schluß des Jahres 1918 rund 400 Mitglieder. Gegenwärtig sind es 3200. Diese Entwicklung hat naturgemäß auch auf die Lohnverhältnisse eingewirkt. Im November stellten wir die Forderung auf Gewährung einer Teurungszulage für die Fabrik- und auch für die Heimarbeiter in der Mund- und Ziehharmonikaindustrie und erzielten dabei folgenden Erfolg: Alle Arbeiter über 18 Jahre erhalten einen Zuschlag von 40 Pf. pro Stunde; alle Arbeiterinnen über 18 Jahre einen Zuschlag von 30 Pf. pro Stunde; alle Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren einen Zuschlag von 20 Pf. pro Stunde. Die sämtlichen Zuschläge sind ab 1. November rückwirkend und auf die bestehenden Löhne zu gewähren. Alle Akkordarbeiter und Arbeiterinnen erhalten ab 1. November einen Zuschlag von

25 Prozent auf die bestehenden Akkordlöhne. Die Akkordtarife sind dahin zu ergänzen, daß die Akkordarbeiter in der Lage sind, mindestens 15 Prozent über die neuen Mindestlöhne verdienen zu können. Für die Heimarbeiter hatten wir erst im September neue Akkordtarife vereinbart; sie werden aber trotzdem noch wesentlich erhöht. Die Heimarbeiter der Mundharmonikabranche erhalten ab 1. Dezember einen Zuschlag von 40 Prozent und die Heimarbeiter der Akkordeonbranche einen solchen von 25 Prozent auf die bestehenden Akkordtarife. Die Tarife der letzteren Branche sollen einer nochmaligen Revision unterzogen werden. Die erreichten Erfolge können uns freilich noch nicht voll und ganz befriedigen. Unsere Mindeststundenlöhne sind noch immer viel zu niedrig im Verhältnis zu den Löhnen anderer Industrien. Trotz alledem dürfen wir aussprechen, daß wir wieder ein gutes Stück vorwärtsgekommen sind. Das trifft ganz besonders auf unsere Heimarbeiter zu, die ja bekanntlich in früherer Zeit geradezu jämmerlich bezahlt wurden. Wenn jemals der Beweis erbracht wurde, daß eine strasse gewerkschaftliche Organisation sehr wohl in der Lage ist, die Verhältnisse der Arbeiterschaft zu bessern, so ist er in unserem Bezirk doppelt erbracht worden. In diesem Bezirk waren es früher nur wenig Kollegen, die den Wert der Organisation erkannt hatten; deshalb waren auch die Lohnverhältnisse geradezu trostlose. Nachdem sich die Harmonikaarbeiter aber in ihrer großen Mehrzahl dem Deutschen Holzarbeiter-Verband angeschlossen haben, sind die Lohnverhältnisse wesentlich bessere geworden. Das muß die Kollegen aufs neue zu umfangreicher Agitation für den Verband anspornen, um auch den letzten Kollegen für uns zu gewinnen.

Köln. (Pfeifenbranche.) Die Organisation in unserer Branche hat sich in den letzten Jahren derart gestaltet, daß wir nun auch den schon lange gehegten Wunsch nach einem Einheitstarif in unserer Branche verwirklichen müssen. Dieser Tarif würde von den Pfeifenarbeitern, sowie auch von den Fabrikanten freudig begrüßt werden. Es ist ja logisch, daß der Fabrikant in einer Großstadt wie Köln mit anderen Lohnverhältnissen zu rechnen hat, wie z. B. ein Fabrikant in Thüringen oder sonst in Landorten. Der Fabrikant, der, je nach der Ortslage, billigere Arbeitskräfte zur Verfügung hat als z. B. hier in Köln, wo alles viel teurer ist, kann eben billiger seine Ware absetzen als letzterer. Und die Arbeiter haben letzten Endes selbst ein Interesse daran, daß die Firma, bei der sie in Arbeit stehen, konkurrenzfähig bleibt. Darum ist es freudig zu begrüßen, daß die Kollegen in Höhr der Frage auch schon Bedeutung beigemessen haben, wie ja der Artikel in der „Holzarbeiter-Zeitung" beweist. Wir müssen jetzt zur Verwirklichung des Einheitstarifs unserer Branche schreiten, etwa in Form von drei Ortsklassen. Wir richten daher an alle beteiligten Kollegen die Bitte, in ihren Versammlungen zu der Sache Stellung zu nehmen.

Pleustein (Oberpfalz). Seitdem sich alle hiesigen Kollegen dem Deutschen Holzarbeiter-Verband angeschlossen haben und von dem christlichen Verband nichts mehr wissen wollen, haben sich auch unsere Arbeitsverhältnisse wesentlich gebessert. Hat uns die Durchführung der Vereinbarungen für die Sägewerkarbeiter bisher jedesmal besondere Schwierigkeiten gemacht, so ging es diesmal ganz glatt durch. Nach nur einer Aussprache zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber erhielt jeder Kollege die ihm zustehende Aufbesserung und den nunmehrigen Tariflohn. Dadurch ist auch das Pfuschwerk des christlichen Sekretärs Erpenbeck, das dieser bei der letzten Lohnvereinbarung für die Säger in Vohenstrauß sich geleistet hat, wieder gutgemacht. Der Schaden, den er uns zufügte, konnte freilich nicht mehr beseitigt werden. Wenn von dem christlichen Verband öfter solche Leistungen für seine Mitglieder vollbracht werden, dann werden auch denen die Augen bald aufgehen, wie das uns durch frühere Erfahrungen gegangen ist, dann werden auch sie allmählich erkennen, daß sie im Deutschen Holzarbeiter-Verband besser fahren. Große Erfolge können heute nur durch starke Organisationen errungen werden, das sieht man am deutlichsten im Sägergewerbe. Darum muß die Parole aller Sägereiarbeiter der Oberpfalz sein: Hinein in den Deutschen Holzarbeiter-Verband!

Zechlin (Mark). Nach langen Bemühungen ist es endlich gelungen, auch hier eine Zahlstelle unseres Verbandes zu gründen. Es war aber auch sehr notwendig. Betrug doch der Lohn für Maschinenarbeiter nur 80 bis 90 Pf., für Platzarbeiter gar nur 70 bis 75 Pf. Lange waren die Bemühungen, die Kollegen für die Organisation zu gewinnen, um eine Besserung der Löhne durchzusetzen, vergeblich. Trat man an sie heran, da meinte der eine, er komme bei dem Lohn mit seiner Frau aus; der andere glaubte, daß für den Lohn gar nicht genug geleistet würde; der dritte fürchtete, er würde entlassen usw. Es waren also schwere Widerstände zu überwinden, aber es ist gelungen. Wir haben auch schon einen Erfolg erzielt. Der Lohn ist für die Maschinenarbeiter auf 1,35 bis 1,45 Mk., für Platzarbeiter auf 1,25 Mk. erhöht. Nun gilt es aber für die Kollegen, auf dem Posten zu sein und dem Verband die Treue zu bewahren. Unsere Versammlungen, die stets am Sonnabend nach dem ersten jedes Monats stattfinden, müssen regelmäßig von allen Kollegen besucht werden.

Unsere Lohnbewegung.

Lohnerhöhung in der Kamm-industrie.

Die Kammacher im Gau Frankfurt kündigten ihre Lohnvereinbarung mit dem Verband der Deutschen Zelluloidindustriellen, Fachgruppe Südwestdeutschland, und forderten eine Erhöhung der Stundenlöhne. Nach Verhandlung mit einer Kommission der Arbeitgeber wurde eine Verständigung erzielt und den Kollegen und Kolleginnen eine annehmbare Lohnzulage zugebilligt. Die Stundenlöhne werden ab 28. November 1919 um 33⅓ Prozent erhöht. Die tariflichen Mindestlöhne betragen sodann in **Darmstadt, Frankfurt a. M.** und **Mannheim** für Facharbeiter pro Stunde 2,67 Mk., für angelernte Arbeiter nach halbjähriger Tätigkeit im Beruf 2,40 Mk., für Hilfsarbeiter 2,17 Mk. und für Arbeiterinnen 1,80 Mk. pro Stunde. Die Löhne für **Neuheim, Oberramstadt, Elz** b. Limburg, **Michelstadt** i. Odw., **Pfungstadt, Wiesbaden** und **Wetzlar** betragen mindestens 2,40 Mk. pro Stunde für Facharbeiter, 2,17 Mk. für angelernte Arbeiter, 1,87 Mk. für Hilfsarbeiter und 1,15 Mk. für Arbeiterinnen. Für jüngere Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechende Mindestlöhne festgelegt bis zu unter 16 Jahren. Und zwar für Arbeiter unter 16 Jahren in den Orten der ersten Lohnklasse pro Stunde 1 Mk., für Arbeiterinnen unter 16 Jahren 67 Pf. pro Stunde. In den Orten der zweiten Lohnklasse sind die Mindestlöhne für Arbeiter unter 16 Jahren 74 Pf., für Arbeiterinnen 52 bis 67 Pf. pro Stunde. Ferner ist bei Akkordarbeit ein Mehrverdienst von 20 Prozent über den Stundenlohn garantiert. Die Lohnvereinbarung gilt auf unbestimmte Zeit mit gegenseitiger vierwöchiger Kündigung. Durch vereintes Streben und gestützt auf unsere Organisation, der fast sämtliche Kammacher in den in Betracht kommenden Orten angehören, haben die Kollegen wieder einen schönen Erfolg erzielt. Es gilt nun, dafür zu sorgen, daß diese Vereinbarung überall restlos durchgeführt und aufrechterhalten wird. Das kann und wird gelingen, wenn die Kollegen und Kolleginnen treu zur Organisation halten.

In Apenrade haben die Kollegen gemeinsam mit allen anderen Gewerkschaften die Arbeit niedergelegt. Eine aus Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften gebildete sogenannte Teurungskommission sollte wegen der außerordentlichen Teurungsverhältnisse geeignete Vorschläge in bezug auf Erhöhung der Löhne machen. Für das ganze nordschleswigsche Grenzgebiet wäre das von großer Bedeutung. Die Arbeitgeber wollen nicht über 20 Pf. pro Stunde Zuschlag hinausgehen, es sind aber bei der enorm teuren Lebenshaltung 50 bis 60 Pf. notwendig.

In Berlin haben die Kamm- und Haarschmuckarbeiter mit dem Arbeitgeber-Verband der Kamm- und Haarschmuck-Industrie einen Tarifvertrag abgeschlossen, der für das gesamte Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin gilt. Der Vertrag bestimmt, daß die Arbeitsvermittlung durch den Arbeitsnachweis des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes erfolgt. Der baldige Anschluß an den Zentralarbeitsnachweis wird angestrebt. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 44 Stunden. Der Arbeitslohn beträgt für Facharbeiter ab 15. Oktober 8,50 Mk., ab 2. Januar 1920 8,75 Mk. pro Stunde. Als Facharbeiter gelten: Kammacher, Schleifer, Dublierer, Polierer und Roharbeiter (die nachschneiden können) nach neunmonatiger Tätigkeit im Spezialfach. Hilfsarbeiter erhalten einen Stundenlohn ab 15. Oktober 1919 von 2,75 Mk., ab 2. Januar 1920 von 3 Mk., jugendliche männliche Arbeiter, nach dem Alter abgestuft, von 1,10 bis 2,05 Mk., ab 2. Januar 20 Pf. mehr. Facharbeiterinnen erhalten ab 15. Oktober 1,65 Mk., ab 2. Januar 1,90 Mk. Als solche gelten Biegerinnen und Rohpolivererinnen. Sonstige Arbeiterinnen erhalten, je nach dem Alter, 1 Mk. bis 1,50 Mk. pro Stunde, ab 2. Januar 20 Pf. mehr. Bei Akkordarbeiten sind 20 Prozent über diese Lohnnorm zugrunde zu legen. Ferien fallen in die Zeit vom 1. Mai bis 31. August; sie betragen drei Tage (nach 3jähriger Beschäftigung) bis zehn Tage (nach sechsjähriger Beschäftigung). Sämtliche in der Werkstatt gebrauchten Werkzeuge sind vom Arbeitgeber in brauchbarem Zustand zu liefern. Jegliche Heimarbeit muß bis 1. Februar 1920 abgeschafft sein. Dieser Vertrag gilt bis 1. April 1920. Wird er von keiner Seite gekündigt, gilt er für ein weiteres halbes Jahr. Dieser Erfolg war nur zu erreichen, nachdem die Kollegen und Kolleginnen fast restlos dem Verband zugeführt waren.

In Bromberg wurde für die Sägewerke am 3. Dezember ein neuer Vertrag abgeschlossen, durch welchen die Löhne um mindestens 15 Prozent erhöht wurden. Der Mindestlohn beträgt nun für Handwerker 2,07 Mk. pro Stunde; für Schneidemüller, Stapler, Heizer, Maschinisten, Kranführer, Wasserleute, Sägenschärfer, selbständige Maschinenarbeiter 1,80 Mk., für Ausfahrer, Bedienungsleute, Brückenarbeiter und Nagelsucher 1,66 Mk., für Plätzarbeiter 1,60 Mk. Jugendliche männliche Arbeiter erhalten im Alter von 14 bis 16 Jahren 76 Pf., von 16 bis 18 Jahren 97 Pf., weibliche von 16 bis 18 Jahren 76 Pf., über 18 Jahre 97 Pf. Ferien werden nach einjähriger Beschäftigung auf die Dauer von zwei Tagen gewährt. Dieses Abkommen gilt rückwirkend vom 15. November 1919. Nach zehnjähriger Beschäftigung werden sechs Tage Ferien gewährt. Dieses Abkommen gilt rückwirkend vom 15. November 1919 bis zum 31. März 1920. Auch für die Schneidemühlenarbeiter in Fordon wurde der Lohn um 15 Prozent erhöht. Allerdings bleibt der Lohn dabei immer noch niedrig. Im ganzen genommen bedeutet dieser Vertragsabschluß aber doch einen beträchtlichen Fortschritt, zumal der Geschäftsgang infolge der politischen Verhältnisse nicht als günstig bezeichnet werden kann. Unsere Kollegen müssen aber treu zur Organisation stehen und sich durch den nationalen Rummel nicht blenden lassen. Wir dürfen uns von den alldeutschen Hetzern nicht ins Schlepptau nehmen lassen. Auch nach der Abtrennung von Deutschland werden wir unsere Organisation notwendig brauchen, deshalb haltet fest zum Verband.

In Chemnitz ist die Aussperrung in den Maschinenfabriken beendet und die Arbeit auch von unseren Kollegen wiederaufgenommen worden.

In Düsseldorf ist in der Waggonfabrik „Düsseldorfer Eisenbahnbedarf" die Arbeit wiederaufgenommen worden. Die Firma hatte sich zu Verhandlungen bereit erklärt und folgende Zugeständnisse gemacht: Die Akkordverdienste der Firmen Schördorff, Siebel, Werner u. Bardach werden anerkannt. Der Verdienst beträgt für Bankschreiner 3,60 Mk. pro Stunde. Eine Nachzahlung der letzten acht Wochen soll in der Weise erfolgen, daß auf die Akkorde 12 Prozent aufgeschlagen werden. Die Maschinenschreiner, welche bisher 3 Mk. pro Stunde erhielten, sollen für diese Zeit mindestens 10 Pf. pro Stunde nachgezahlt erhalten, so daß sie vom 1. Dezember 1919 an 3,40 Mk. Mindestlohn erhalten; das gleiche gilt für Stellmacher. In den letzten Wochen ist in den meisten Betrieben eine Lohnerhöhung von 2,80 auf 3,22 Mk. bis 3,50 Mk. pro Stunde erfolgt.

In Eisleben ist der Streik der Korbmacher beendet und die Arbeit am 12. Dezember wiederaufgenommen worden. Durch die zähe Ausdauer der Kollegen wurde der am 20. November gefällte Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses von dem Demobilmachungskommissar in Merseburg für rechtsverbindlich erklärt und von den Arbeitgebern anerkannt. Eisleben rangiert nunmehr in die zweite Lohnklasse des Reichstarifs mit einem Durchschnittsverdienst von 2,20 Mk. pro Stunde. Der Erfolg ist um so beachtenswerter, als in den umliegenden Ortschaften zu viel niedrigeren Akkordsätzen gearbeitet wird.

In Erfurt sind die Kollegen erneut in den Streik getreten. Mit den Arbeitgebern, die zugleich dem Thüringer Industriellen-Verband, Sitz Weimar, angehören, fanden Verhandlungen statt, die aber zu keinem Ergebnis führten. Darauf wurde am 4. Dezember die Arbeit eingestellt.

In Gelsenkirchen sind die für den rheinisch-westfälischen Bezirk getroffenen Vereinbarungen auch von dem dortigen Unternehmer Klüpperbusch nunmehr anerkannt worden, so daß der Streik in diesem Betrieb beendet werden konnte.

In Schw.-Gmünd kam es zur Arbeitseinstellung, weil den Kollegen jede Zulage verweigert wurde. Es kam dann zu einer Vereinbarung vor dem Gewerbegericht, wonach sich die Arbeitgeber verpflichten, den bei ihnen Beschäftigten im Alter von 18 bis 21 Jahren 10 Pf., allen übrigen 20 Pf. pro Stunde Zulage als Vorschuß auf das Resultat der zentralen Verhandlungen zu gewähren. Darauf wurde die Arbeit wiederaufgenommen.

In Itzehoe sind die Kollegen in den Streik getreten. Der Arbeitgeber-Schutzverband, der sich ganz im Schlepptau des örtlichen Wirtschaftsbundes befindet, machte so geringe Angebote, das dem keinesfalls zugestimmt werden konnte. Vor allem aber lehnten die Arbeitgeber jedes Verhandeln über den Reichstarif ab, weil nach ihrer Behauptung der Tarifvertrag noch bis zum 15. Februar 1920 läuft.

In Sebes forderten die Tischler und Sägereiarbeiter eine Erhöhung der Stundenlöhne. Eine Verständigung mit den Arbeitgebern war nicht möglich, sie beriefen sich auf den Arbeitgeber-Verband, der aber ebensowenig Neigung zum Entgegenkommen zeigte. Infolgedessen wurde beschlossen, die Arbeit einzustellen, was am 5. Dezember geschehen ist.

In Lübeck hat sich die Situation insofern geändert, als die Arbeitgeber nach Entgegennahme des Berichts von ihrer Leipziger Generalversammlung beschlossen haben, aus dem Arbeitgeber-Schutzverband auszutreten. In einer Verhandlung, die auf Einladung des Bundes der Arbeitgeber zu Lübeck, dem die Lübecker Holzindustriellen ihre Interessenvertretung nunmehr anvertraut haben, am 16. Dezember stattfand, wurde dieses von dem Wortführer des Schutzverbandes mitgeteilt, mit dem Hinzufügen, daß die Lübecker Arbeitgeber im Schutzverband keine Vertretung ihrer Interessen erblicken könnten. Sie fühlen sich in Zukunft nicht mehr durch die Vereinbarungen des Schutzverbandes gebunden. Von unseren Vertretern wurde den Herren sofort erklärt, daß die Lübecker Holzarbeiter ihnen nach vollzogenem Austritt aus dem Schutzverband keine Extrawürste braten werden. In den Verhandlungen drohten die Unternehmer ziemlich deutlich mit weiteren Aussperrungen. Darauf erklärten die Vertreter der Lübecker Kartellkommission, die an den Verhandlungen teilnahmen, daß die Holzarbeiter die vollste Sympathie der Gesamtarbeiterschaft hätten, diese würde auf den Plan treten, wenn der Arbeitgeberbund weitere Maßnahmen ergreifen sollte. Es war dann auch möglich, dem Arbeitgeberwortführer Reese nachzuweisen, daß er am 22. August in Berlin erfahren hat, daß die zentralen Verhandlungen bereits das Ergebnis gezeitigt hatten, daß in den Orten der Tarifklasse II die 46stündige Arbeitszeit am 15. November 1919 eingeführt werden sollte; diese Tatsache hat er in der Verhandlung vor dem Lübecker Arbeitsamt am folgenden Tage verschwiegen. Infolge dieser Täuschung ist in das Protokoll dann die folgenschwere Bestimmung aufgenommen, daß die Forderung der 46stündigen Arbeitszeit vorläufig zurückgestellt und entsprechend dem Ergebnis der zentralen Verhandlungen geregelt werden soll. Unsere Kollegen sind also von den Arbeitgebern resp. deren Vertreter Herrn Reese absichtlich hinters Licht geführt worden. Diese Feststellung scheint auf die Herren vom Arbeitgeberbund nicht ohne Einfluß gewesen zu sein. Als Ergebnis der Verhandlung ist zu verzeichnen, daß die Arbeitgeber ihrer grundsätzlich ablehnenden Haltung gegenüber der 46stündige Arbeitszeit aufgegeben und dieselbe ab 15. Februar 1920 angeboten haben. Die Lohnregelung soll nach ihrem Vorschlag entsprechend den Löhnen in der Lübecker Industrie erfolgen. Die Arbeitervertreter lehnten es ab, diesen Vorschlag unseren Kollegen zur Annahme zu empfehlen; darauf meinte der Vorsitzende, der Vorschlag sollte wenigstens als eine Grundlage zu weiteren Verhandlungen betrachtet werden. In einer Versammlung wurde der Vorschlag einstimmig abgelehnt und in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, daß die Verhältnisse erst auf der Grundlage des Reichstarifs geregelt sein müssen, bevor an die Wiederaufnahme der Arbeit gedacht werden kann.

In Marienburg i. Ergeb. haben sich die Unternehmer nunmehr bereit erklärt, die in Dresden bei den zentralen Verhandlungen getroffenen Vereinbarungen anzuerkennen und die sofortige Teurungszulage von 15, 20 und 25 Pf. pro Stunde auszuzahlen. Darauf wurde die Arbeit wiederaufgenommen.

In Mannheim ist der Streik der Möbelschreiner für beendet erklärt worden, nachdem die Arbeitgeber durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses verpflichtet wurden, die schon gewährte Lohnerhöhung von 35 Pf. pro Stunde weiterzuzahlen.

In Pr.-Oldendorf haben die Unternehmer immer wieder jede Verhandlung um die Anerkennung des Reichstarifs abgelehnt, was die Kollegen veranlaßte, die Arbeit niederzulegen. Es kommen Weißmöbelbetriebe in Betracht.

In Rendsburg dauert der Streik fort. Die Arbeitgeber, welche sich im Schlepptau des Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe befinden, verlangen die Wiederaufnahme der Arbeit vor Eintritt in Verhandlungen. Die Streikenden lehnten diese Zumutung mit aller Entschiedenheit ab.

In Sonneberg ist eine Vereinbarung dahin zustande gekommen, daß Facharbeiter über 20 Jahre ab 1. Dezember 1919 einen Stundenlohn von 2,10 Mk., ab 1. Januar 1920 weitere 5 Pf. mehr erhalten; Facharbeiter unter 20 Jahren haben ab 1. Dezember 1919 einen Stundenlohn von 1,57 Mk., Hilfsarbeiter über 25 Jahre 1,65 Mk. An Ferien wurden gewährt: nach neun Monaten drei Tage, mit jedem Jahr steigend um einen Tag bis zu sechs Tagen.

In Triebes und Zeulenroda ist nach den Verhandlungen mit dem Sächsischen Industriellen-Verband in Dresden und den dort getroffenen Vereinbarungen die Arbeit wiederaufgenommen worden.

Ausland.

Aus Dänemark wird an die Berliner Ortsverwaltung das telegraphische Ersuchen gerichtet, den Zuzug von Bergoldern fernzuhalten. Nähere Mitteilung über Ursache und Art der Differenzen wird in Aussicht gestellt.

Aus der Holzindustrie.

Dreißig Jahre Vergolderorganisation.

Zur Erinnerung an die Gründung des Verbandes der Vergolder, Goldleistenarbeiter und verwandten Berufsgenossen am 27. Dezember 1889 gibt eine vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes herausgegebene Schrift „Dreißig Jahre Vergolder-Organisation“ ein gutes Bild der Entwicklung der Organisation dieser Branchenkollegen.

Vor fünf Jahren schon, zu Ehren der 25. Wiederkehr dieses Gedenktages, sollte diese Schrift erscheinen, der Krieg hat, wie so vieles andere, so auch dies verhindert.

Diese Schrift ist nun aber mehr als ein Gedenkblatt der Vergolderorganisation, sie läßt uns einen tiefen Blick tun in den ganzen Vergolderberuf, zurück bis ins „biblische Zeitalter“. In einem geschichtlichen Abriß wird die Bedeutung der Vergolderei trefflich geschildert. Ihre Blütezeit fiel zusammen mit der der Kunst und des Kunstgewerbes, von der Mitte des 17. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, obwohl die Vergolderei im klassischen Altertum, zur Zeit der Frührenaissance oder des Quattrocento und in der darauffolgenden Zeit der Hochrenaissance oder des Cinquecento schon Bedeutung erlangt hatte. Aber ihre Glanzzeit fiel zusammen mit der französischen Stilperiode des Barock und des Rokoko.

Die Kunst des Vergoldens wurde lange Zeit hindurch nur in Verbindung mit anderen Berufen, wie denen der Tischler, Bildhauer und Maler, ausgeübt. Erst mit dem Aufkommen des Spiegelrahmens in der Barockzeit nahm die Vergolderei einen solchen Umfang an, daß sie als selbständiger Beruf auftreten konnte. So in der Jubiläumsschrift.

Im 19. Jahrhundert wurde das Vergoldergewerbe mehr dem Massenbedürfnis angepaßt, es verlor seine Bedeutung als künstlerischer Beruf. Ein neuer, wenn auch nur vorübergehender Aufschwung, aber mehr in technischer Beziehung, zeigte sich durch die Verwendung der Steinpappe und der Ölvergoldung. Der Krieg mit all seinen Verwüstungen wirkte auch auf dieses Gewerbe, das immer nur als Luxusgewerbe seine Blütezeit hatte. Erst eine Gesundung unserer ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse und die Hebung des gesamten Kunstgewerbes wird auch der Vergolderei einen neuen Aufschwung bringen.

In weiteren Abschnitten wird dann das Leben und Treiben der Vergolderkollegen geschildert und wie aus den Handwerksgesellen der Zunftzeit die modernen Klassenkämpfer wurden.

In Berlin zeigten sich die ersten Anfänge einer solchen Organisation. Die Kollegen hatten sich zunächst der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinsrichtung angeschlossen; 1871 wurde die erste Lohnbewegung in der Reichshauptstadt durchgeführt. In den achtziger Jahren standen die Vergolder noch immer im Bann der Hirsch-Dunckerschen Harmonieapostelei, so in Dresden und in anderen Orten. Erst während der Zeit des Sozialistengesetzes trat eine Wandlung ein.

Auf dem Kongreß in Brandenburg am 26. und 27. Dezember 1889 wurde der Grundstein gelegt zu einem selbständigen Verband. Ende 1890, also nach einjährigem Bestand, hatte der neue Verband 1176 Mitglieder, er sank wieder auf 761 Ende 1895, um dann in aufsteigender Linie sich zu bewegen, bis zum Höchststand von 1846 Mitgliedern Ende 1905. Am 6. November 1892 war die erste Nummer der eigenen Zeitung „Korrespondenzblatt der im Verband der Vergolder organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ erschienen.

„Die Geschichte des Vergolder-Verbandes ist in der Hauptsache eine Geschichte harter, andauernder Kämpfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen“, so heißt es in der Jubiläumsschrift. „Die Unternehmer des Vergoldergewerbes, meistens steinreiche Leute, gaben weder freiwillig noch auf gutes Zureden Lohnerhöhungen und den Zeiten entsprechende Arbeitsverhältnisse. Jeder Pfennig Lohnzulage, jede zehn Minuten Arbeitszeitverkürzung, jede wenn auch noch so notwendige sanitäre Betriebsverbesserung mußten erkämpft werden.“

Zum ersten Male wurde die Anschlußfrage auf dem Verbandstag 1891 lebhaft erörtert, aber erst 1906, nach 17jährigem Bestand des eigenen Berufsverbandes, wurde der Anschluß an den Deutschen Holzarbeiter-Verband beschlossen. Von da an ist eine ständige Aufwärtsbewegung in der Zahl der organisierten Kollegen und Kolleginnen im Vergoldergewerbe zu verzeichnen. Ende 1912 waren es 2543, davon 323 weibliche Mitglieder. Die Zentralkommission hat ihren Sitz in Berlin. Die erste Branchenkonferenz fand 1911 statt. Erst durch den Anschluß an den Deutschen Holzarbeiter-Verband war es möglich, viel planmäßiger als vordem Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen, was auch die Zentralkommission in ihrem Jahresbericht für 1912 erneut konstatierte. Auch wird dort hervorgehoben, daß die kleinen Branchen innerhalb des großen Verbandes sowohl in geistiger als auch in materieller Beziehung nicht vernachlässigt werden.

Und so ist zu hoffen, daß auch fernerhin die Vergolderkollegen und -kolleginnen im Rahmen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes als treue Hüter und Schützer desselben und im eigenen Berufsinteresse sich rege betätigen.

Schweizerisches Möbeleinfuhrverbot.

Der schweizerische Bundesrat hat mit Wirkung vom 15. Dezember an ein Einfuhrverbot für Möbel erlassen. Das Verbot ist nicht befristet. Das Volkswirtschaftsdepartement kann Ausnahmen bewilligen bis zur Höhe des Monatsdurchschnitts der im Jahre 1913 erfolgten Importe. Auch kann es allgemeine Einfuhrbewilligungen für Länder erlassen, deren Möbelausfuhr die normale Menge nicht übersteigt. Dies Verbot ist ein Erfolg des Schweizerischen Schreinermeister-Verbandes, der bei seinen an den Bundesrat gerichteten Eingaben auch die Unterstützung des Schweizerischen Holzarbeiter-Verbandes gefunden hatte.

Das Ausfuhrverbot richtet sich, wie aus den zulässigen Ausnahmen ersichtlich, ausschließlich gegen Deutschland und Österreich. Wenn bei der Agitation für den Erlaß des Ausfuhrverbots auf die Schundware hingewiesen wurde, auf die mit Hobelspänen gepolsterten und mit Papierstoff überzogenen Sofas und auf sonstige Klamotten, so will das wenig besagen. Wenn einer derartigen Produktion völlig der Garaus gemacht würde, dann wäre das kein Unglück für das Gewerbe. Solcher Konkurrenz wäre auch das solide Gewerbe in der Schweiz Herr geworden. Es sind aber auch gute Möbel in großer Menge nach der Schweiz ausgeführt worden, und diese Konkurrenz wurde dort so schmerzlich empfunden. Der schlechte Stand der deutschen und erst recht der österreichischen Valuta machte es möglich, die Einfuhrmöbel in der Schweiz so billig zu verkaufen, daß sie jede einheimische Konkurrenz aus dem Felde schlugen und der Importeur trotzdem riesenhafte Gewinne einheimste. Die Einfuhr nahm schließlich einen solchen Umfang an, daß sie zu einer direkten Gefahr für die schweizerische Holzindustrie wurde.

Das schweizerische Einfuhrverbot schädigt zweifellos die deutsche Möbelindustrie, aber trotzdem können wir den Unternehmern und Arbeitern des schweizerischen Holzgewerbes keinen Vorwurf daraus machen, daß sie das Einfuhrverbot durchgesetzt haben. So sehr wir auch der deutschen Industrie hohe Blüte wünschen, so können wir es doch nicht gutheißen, daß diese Blüte um solchen Preis erkauft wird, wie es im vorliegenden Fall geschehen. Wir wollen auch mit dem Ausland in ehrlichen Wettbewerb treten, aber hier handelt es sich nicht darum, sondern um eine Schmutzkonkurrenz, welche die deutschen Holzarbeiter, durchaus gegen ihren Willen, den schweizerischen Kollegen bereiteten. Den Händlern, die durch den deutsch-schweizerischen Möbelhandel reich geworden sind, ist nun dieses Handwerk gelegt. Aber diese Ehrenmänner werden leicht Ersatz finden. Sie werden sich auf andere Artikel werfen. Schade, daß gegen die Parasiten noch kein Radikalmittel entdeckt ist.

Auf ein Moment sei bei dieser Gelegenheit noch hingewiesen. Um den Erlaß des Einfuhrverbotes hat sich der Schweizerische Schreinermeister-Verband gemeinsam mit dem Schweizerischen Holzarbeiter-Verband bemüht. Da es sich um eine Angelegenheit handelte, welche Unternehmer und Arbeiter des schweizerischen Holzgewerbes gemeinsam berührte, ist dieses Zusammenwirken durchaus verständlich. Es liegt auf der gleichen Linie wie die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in Deutschland, die bei unseren radikalen Gewerkschaftern in so schlechtem Ruf stehen. Nun huldigen aber unsere Schweizer Kollegen einem Radikalismus, in dem sie sich von niemand übertreffen lassen möchten. Wir wissen im Augenblick nicht, ob es auch in der Schweiz Einrichtungen gibt, wie die unserer Arbeitsgemeinschaften in Deutschland. Sicher würden sie, wenn sie vorhanden wären, von unseren schweizerischen Kollegen auf das schärfste bekämpft werden. Wenigstens in der Theorie. Wie es in der Praxis ist, zeigt der vorliegende Fall. Vielleicht gibt er den Gegnern der Arbeitsgemeinschaft diesseits und jenseits der Grenze ein wenig zu denken.

Zum internationalen Holzarbeiterkongreß.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ nimmt von der Einberufung des internationalen Holzarbeiterkongresses Notiz und bemerkt dazu: „Die aufgestellte Tagesordnung läßt keine Hoffnungen für eine zeitgemäße Entwicklung der Holzarbeiter-Verbände aufkommen.“

Diese Bemerkung ist sehr kurz und läßt nicht erkennen, was an der Tagesordnung ausgesetzt wird. Es hätte uns immerhin interessiert, zu erfahren, was sich der Verfasser der Notiz bei ihrer Niederschrift gedacht hat. Nun liegt aber der Bericht vom internationalen Holzarbeiterkongreß vor, der vielleicht den Kritiker zu einer deutlicheren Erklärung veranlassen wird.

Gewerkschaftliches.

Für die hungernden Brüder in Österreich.

Der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes wendet sich mit dem folgenden Aufruf:

An die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

In Deutschösterreich hat der Hunger seinen Einzug gehalten. Der Gewaltfriede hat dieses Staatswesen seiner natürlichen Hilfsquellen beraubt, der Nahrungsmittelgebiete wie der Kohlenreviere, und das Wenige, das man ihm belassen hat, ist nicht entfernt ausreichend, um den Bedarf seiner Bevölkerung zu befriedigen. Die Entente hat auch die Vereinigung Deutschösterreichs mit der Republik Deutschland gehindert, welche allein dem unglücklichen Donaustaat eine wirtschaftliche Lebensmöglichkeit sichern könnte. Auf sich selbst angewiesen, geht Deutschösterreich einer Zukunft unsäglicher Leiden entgegen. Schon am Beginn des ersten Winters zeigen sich Lebensmittelnot und Kohlennot in erschreckendem Maße. Schwer leidet insbesondere die Bevölkerung Wiens unter diesem Mangel, da der Zustand der Transportmittel auch dort die Heranbringung selbst des Wenigen, was verblieben ist, noch erschwert.

In dieser Not wenden sich die Gewerkschaften Deutschösterreichs an die deutsche Arbeiterschaft um Hilfe. Die Gewerkschaften Österreichs waren von Anbeginn ihrer Wirksamkeit treue Bundes- und Kampfgenossen der deutschen Gewerkschaften. Sie haben allezeit deutschen Gewerkschaftsgeist gepflegt und uns stets in Kampf und Not nach Kräften beigestanden. Es war ihr sehnlichster Wunsch, mit den deutschen Gewerkschaften baldigst gemeinsame Organisationen im gemeinsamen Staat zu bilden. Nicht ihre Schuld ist es, daß dieser Wunsch seither unerfüllt bleiben mußte. Aber gewerkschaftliche Solidarität und werktätige Hilfe kennen keine aufgezwungenen Grenzen. Es ist eine selbstverständliche Pflicht der deutschen Arbeiterschaft, ihren Brüdern in Deutschösterreich zu helfen.

Die Vorstände der deutschen Gewerkschaften haben beschlossen, sofort Geldsammlungen für die Gewerkschaften Deutschösterreichs einzuleiten. Die Sammlungen sind allerorts durch die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gewerkschaftskartelle) zu organisieren. Wo kein Ortsausschuß oder Gewerkschaftskartell besteht, mögen die Verwaltungsstellen der Gewerkschaften selbst die Sammlungen in die Hand nehmen. Alle Gelder sind zu senden an den Kassierer des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: Hermann Kube, Berlin SO. 16, Engelufer 15. (Postscheckkonto 7930 bei dem Postscheckamt Berlin.) Über die eingegangenen Gelder wird im „Correspondenzblatt“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes quittiert.

Deutsche Arbeiter und Angestellte! Wir bitten Euch um rege Anteilnahme an diesen Sammlungen, damit unseren Brüdern in Deutschösterreich schnelle und reichliche Hilfe gewährt werden kann.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Carl Legien, Vorsitzender.

Ein christlicher Gewerkschaftsbund.

Kurz nach dem Ausbruch der Revolution wurde der „Deutsch-demokratische Gewerkschaftsbund“ gegründet, um die nicht auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehenden Arbeiterorganisationen zu einem Damm gegen die „rote Flut“ zusammenzufassen. Zu diesem Bund haben sich die christlichen Gewerkschaften mit den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen, einigen Beamtenorganisationen, dem Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband und einigen anderen Handlungsgehilfenorganisationen zusammengeschlossen. Dieser Deutsch-demokratische Gewerkschaftsbund trat am 20. November 1918 mit einer großen in Berlin veranstalteten Versammlung ins Leben. In dem Bericht über seine Gründung wurde mitgeteilt, daß er schon weit über eine Million Mitglieder habe. Man hat dann von der Gründung nichts weiter gehört, als daß am 19. März 1919 eine Ausschußsitzung stattgefunden habe, in welcher beschlossen wurde, um Verwechslungen mit der Deutsch-demokratischen Partei zu verhüten, den Bund umzutaufen in „Deutscher Gewerkschaftsbund“. Das ist, nebenbei bemerkt, der Grund, aus welchem auf unserem Gewerkschaftskongreß in Nürnberg für die Zusammenfassung der der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften der Name „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“ gewählt wurde.

Nunmehr hört man wieder etwas von dem unter christlicher Führung stehenden Gewerkschaftsbund. Ein Jahr nach seiner Gründung, am 22. November 1919, hat er sich neu konstituiert. Nach seinem neuen Programm will er „den unser Volk zersetzenden Materialismus überwinden durch die Pflege allgemein-sittlicher, christlicher und nationaler Gedanken“. Er gliedert sich nun in drei Gruppen, die je einen „Gesamtverband“ umfassen. Nämlich den der christlichen Gewerkschaften, der Angestelltengewerkschaften und der Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften. Den Stamm der zweiten Gruppe bildet der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband (Hamburg). Zu ihm kommt der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten (Berlin), der Deutsche Bankbeamtenverein (Berlin), der Reichsverband deutscher Gutsbeamten (Berlin), ein neu gegründeter Deutscher Techniker-Verband in Essen und weiter demnächst zu gründende Verbände der Werkmeister und der Bureauangestellten, die beide ihren Sitz in Essen haben und aus dem seitherigen Meister-Verband mit dem Sitz in M.-Gladbach hervorgehen sollen. Diese Angestelltenverbände sollen zusammen 400 000 Mitglieder zählen. Die dritte Gruppe umfaßt zunächst die Eisenbahnerverbände, die dem früheren Kartell der Staatsangestellten angehört haben.

Interessanter als die Aufzählung der zum Deutschen Gewerkschaftsbund gehörigen Organisationen ist die Feststellung, daß die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine nicht genannt werden. Ob sie erst jetzt oder ob sie schon früher ausgeschieden sind, ob sie freiwillig gegangen sind oder ob sie hinauskomplimentiert wurden? Das christliche „Zentralblatt“, dem wir die tatsächlichen Angaben entnehmen, sagt darüber kein Wort, und der „Gewerkverein“, das Zentralorgan der Hirsch-Dunckerschen, weiß von der Neuorientierung des Gewerkschaftsbundes, an dessen Gründung die Hirsch-Dunckerschen Führer von einem Jahr hervorragend mitgewirkt haben, überhaupt nichts zu melden. Man kann es aber verstehen, daß für die Hirsch-Dunckerschen in diesem christlichen Gewerkschaftsbund kein Raum mehr war. Sie bleiben selbständig und werden einstweilen weitervegetieren, bis sie schließlich zwischen den größeren Gewerkschaftsgruppen zerrieben werden. Jedenfalls haben sie keine Hoffnung mehr, es noch zu einer nennenswerten Bedeutung zu bringen.

Durch das Ausscheiden der Hirsch-Dunckerschen und die erfolgte Neugruppierung wird es deutlich, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund ein christlicher Gewerkschaftsbund ist. Er will den Materialismus durch die Pflege des christlichen und nationalen Gedankens überwinden. Das ist eine große Aufgabe, die aber um so schwieriger zu lösen ist, als sie den Widerspruch in sich selbst trägt. Allerdings sind die christlichen Gewerkschaften durch die Annahme der Grundsätze der gelben katholischen Arbeitervereine Berliner Richtung genötigt, ihr Christentum noch stärker als seither zu betonen. Aber Gewerkschaften, die den Materialismus bekämpfen oder gar überwinden wollen, sind ein Unding. Es gehört zu dem Wesen der Gewerkschaften, daß ihr Streben materialistisch gerichtet ist. In erster Linie wollen sie den Arbeitern günstige Arbeitsbedingungen verschaffen und ihre wirtschaftliche Existenz sichern. Das sind die Voraussetzungen für höheres geistiges Streben. Wenn die christlichen Gewerkschaften und der christliche Gewerkschaftsbund statt dessen in erster Linie die christ-

lichen Lehren betonen wollen, dann werden sie mit den gewerkschaftlichen Pflichten leicht in Konflikt geraten. Allerdings werden die Lehren des Christentums recht verschiedenartig ausgelegt. Es sei aber daran erinnert, daß der Regensburger Bischof Dönle mit seiner kirchenfürstlichen Autorität dafür eintrat, daß der Satz: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben", den Grundgedanken des Christentums enthalte.

Dem sei nun, wie ihm wolle. Die Tatsache besteht, daß die christlichen Gewerkschaften durch die Umbildung des Deutschen Gewerkschaftsbundes glauben, sich einen festeren Stützpunkt im Kampf gegen die freien Gewerkschaften geschaffen zu haben. Wir werden diesem christlichen Gewerkschaftsbund die gebührende Beachtung schenken, sind aber keinen Augenblick im Zweifel, daß jetzt wie in aller Zukunft die freien Gewerkschaften, die ihren Sammelpunkt im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund haben, die maßgebenden wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen sind und es bleiben werden.

Die Urabstimmung im Tapezierer-Verband.

Auf dem im Sommer abgehaltenen Verbandstag der Tapezierer wurde beschlossen, zwei Urabstimmungen vorzunehmen. Die eine sollte entscheiden, ob überhaupt eine Verschmelzung mit einem anderen Verband erfolgen soll. Bejahendenfalls sollte eine zweite Urabstimmung zwischen dem Holzarbeiter-Verband und dem Sattler-Verband entscheiden. Die erste Urabstimmung hat eine Mehrheit für die Verschmelzung ergeben. Nun liegt auch ein vorläufiges Ergebnis der zweiten Urabstimmung vor. Es wurden 4788 Stimmen für die Verschmelzung mit dem Sattler-Verband und 4203 Stimmen für den Anschluß an den Deutschen Holzarbeiter-Verband abgegeben. Die noch ausstehenden Ergebnisse werden an dem Resultat nichts ändern. Der Anschluß des Tapezierer-Verbandes an den Verband der Sattler und Portefeuiller ist somit beschlossen.

Verbandstag der Lithographen und Steindrucker.

Vom 19. bis 25. November 1919 tagte in Magdeburg der zehnte Verbandstag des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe. Dem Vorstand wurde einstimmig das Vertrauen des Verbandstages ausgesprochen. Eingehend diskutiert wurden die Fragen der Arbeitsgemeinschaft, des Akkord- und Prämiensystems. Es gelangte eine Entschließung fast einstimmig — nur zwei Stimmen waren dagegen — zur Annahme, in der der Abschluß der Zentraltarife gebilligt wird und damit die ganze Tarifpolitik des Verbandes. Mit dem anzustrebenden Graphischen Industrie-Verband sei auf den Abschluß eines Rahmentarifs für das gesamte graphische Gewerbe hinzuwirken. Ein Antrag, der sich gegen das Bestreben der Unternehmer, die Arbeitszeit wieder zu verlängern, wendet, fand gleichfalls Annahme. Der Verbandstag erklärte sich mit großer Mehrheit auch für die Errichtung des Graphischen Bundes. Bei dem Punkt: „Die Internationale und unsere Stellung zu derselben" kam zum Ausdruck, daß an die ausländischen Berufsangehörigen appelliert werden müsse, gemeinsam mit der deutschen Arbeiterschaft sich dem Wiederaufbau der gewerkschaftlichen Internationale angelegen sein zu lassen. Die nächste internationale Konferenz soll in Berlin stattfinden. Die Unterstützungssätze wurden durchweg erhöht, die Wartezeit bei der Witwen- und Invalidenunterstützung jedoch von 10 auf 12½ Jahre ausgedehnt. Dem bisherigen Verbandsvorsitzenden Sillier wurden in Rücksicht auf seine Verdienste jährlich 2500 Mk. Pension gewährt.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Die Arbeitszeit der Lehrlinge.

Durch die Presse der Unternehmer wird mit großer Befriedigung ein Urteil wiedergegeben, das vom Rostocker Schöffengericht gefällt wurde. Zwei Schlossermeister hatten ihre Lehrlinge dazu angehalten, nach Schluß der achtstündigen Arbeitszeit die Werkstätte aufzuräumen. Sie waren deshalb wegen Überschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit durch einen amtsgerichtlichen Strafbefehl in eine Geldstrafe von je 50 Mk. genommen worden. Gegen diese Verfügung haben sie Einspruch erhoben, und das Schöffengericht hat sie freigesprochen. Es folgte den Ausführungen des Verteidigers, der darlegte, daß die Aufräumungsarbeiten mit der täglichen Arbeitszeit nichts zu tun hätten. Es wäre gar nicht möglich, beide miteinander zu vereinigen, da mit den Aufräumungsarbeiten erst begonnen werden könne, wenn die Arbeit aufgehört habe.

Das Schöffengericht hat in diesem Fall falsch geurteilt. Wenn, was hoffentlich geschehen ist, vom Staatsanwalt Berufung eingelegt wird, dann muß die höhere Instanz zu einer Verurteilung kommen. Die Verordnung vom 23. November 1918 bestimmt, daß die regelmäßige tägliche Arbeitszeit die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten darf. Von der Zulässigkeit, diese Arbeitszeit durch Aufräumungsarbeiten zu überschreiten, ist nirgends die Rede. Das würde auch dem Sinn dieser Arbeiterschutzbestimmung widersprechen. Der Achtstundentag ist eingeführt, um die Arbeiter vor Überanstrengung zu schützen. Wird die Beschränkung der Arbeitszeit für die erwachsenen Arbeiter als notwendig anerkannt, dann bedürfen die jugendlichen Lehrlinge dieses Schutzes in weit höherem Maße. Keinesfalls kann zugegeben werden, daß die Lehrlinge über acht Stunden hinaus mit Aufräumungs- oder sonstigen Arbeiten beschäftigt werden. Das widerspricht dem Sinn und dem Wortlaut der Verordnung.

Eingesandt.

Zur Modelltischlerkonferenz.

Nachdem schon in den verschiedenen Bezirken Konferenzen stattgefunden haben, scheint es, als wären gute Erfolge damit erzielt worden, so daß auch ich hier in Dresden daran war, eine solche Bezirkskonferenz für Sachsen in Vorschlag zu bringen. Die Einberufung von Reichskonferenzen aller Branchen vom Hauptvorstand hat aber vorläufig die kritische Behandlung dieser Frage erledigt, da doch aller Voraussicht nach sich diese wieder mit der Frage der periodischen Bezirkskonferenzen befassen wird. Eng verbunden mit der Frage der Konferenzen sind die Abschlüsse von Tarifverträgen. Kommt man zu einem Reichsvertrag, werden auch die Reichskonferenzen zweckmäßig. Anders bei Landes- oder Bezirksverträgen. In diesen Fällen müssen wir unbedingt mindestens alljährlich auf Abhaltung von Landes- oder Bezirkskonferenzen dringen. In längeren Zwischenräumen wird sich schließlich dann einmal eine Reichskonferenz noch notwendig machen.

Bezüglich der Verträge müssen wir aber einmal Klarheit schaffen, ob es noch einmal angängig ist, zu versuchen, mit den Modellfabrikanten unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln, oder ob wir auf Grund des traurigen Verhaltens der kleinen Gernegroße zu Anfang dieses Jahres auf sie als Vertragspartner verzichten. Eine weit bessere und schnellere Lösung dieser Frage ist der Anschluß an die Verträge resp. den Vertrag des allgemeinen Holzgewerbes. Wir in Dresden haben es bereits zu Anfang des Jahres getan, und können es den übrigen Kollegen in den Modellfabriken nur empfehlen, denn besser sind wir entschieden gefahren, als wenn wir gesondert Verträge eingingen. Ebenso steht es mit unseren Kollegen in den Maschinenfabriken. Durch Vorlegen der allgemeinen Verträge des Holzgewerbes in den Maschinenfabriken werden auch die dort Beschäftigten sich besser stehen. Niemals aber dürfen wir zulassen, daß die Kollegen in den Maschinenfabriken Sonderverträge abschließen ohne die Zustimmung der örtlichen Verwaltungen. Wir müssen unsere Kollegen dahingehend schulen, die Verträge des deutschen Holzgewerbes oder der Modelltischler durchzuführen, je nach den eigenen Beschlüssen der Konferenz. Schon so manche Notiz in unserer Zeitung hat es bewiesen, wie richtig es ist, daß unsere Kollegen nicht auf Verträge eingehen dürfen, die nicht von unserer Organisation anerkannt sind. Von verschiedenen Seiten sucht man uns zu beeinflussen, ja sogar zu zwingen, solche Verträge einzugehen resp. zu unterzeichnen, die mit unserem Gewerbe nicht in Einklang zu bringen sind, nur weil wir gerade mal dort in Beschäftigung sind. Deshalb also, Kollegen, die Augen auf! Wir sind stark genug, uns, wenn es gilt, Achtung und Anerkennung zu verschaffen.

Unwillkürlich werden wir hier wieder auf einen Tagesordnungspunkt der vorigen Konferenzen gedrängt, der uns schließlich zwingt, auch die dritte Konferenz damit zu beschäftigen. Das ist die Organisationszugehörigkeit der Modelltischler. Es waren die Mannheimer Kollegen, die vor kurzem eine Umfrage in dieser Richtung ergehen ließen. Für uns in Dresden hat es schon seit dem ersten Konferenzbeschluß keinen Zweifel mehr gegeben, daß wir zum Holzarbeiter-Verband gehören. Daß hier und da die Sache wieder einmal angezweifelt wird, ist ja bei der Bearbeitung unserer Kollegen in den Metallbetrieben durch andere Organisatoren nicht zu verwundern, aber auch hier heißt es, unsere eigenen Beschlüsse hochzuhalten und uns nichts diktieren zu lassen. Besonders jetzt, wo die Arbeit noch so heftig mit dem Kapital ringt, können wir nicht an Vertriebsorganisationen denken. Diese können uns bei ungenügender Schulung der Massen zu leicht aus der Hand gleiten, zum Schaden der ganzen Arbeiterschaft. Aber auch die Frage der großen Industrieverbände ist noch nicht soweit geklärt, daß man gesichert dem Unternehmertum entgegentreten könnte. Deshalb halten wir vorläufig an dem alten Bewährten und Erprobten fest, bis an dessen Stelle etwas wirklich Besseres gestellt werden kann.

Rich. Höfe, Modelltischler (Dresden).

Zur Knopfarbeiter-Konferenz.

Die bevorstehende Konferenz soll die Grundlage zur weiteren Arbeit in unserer Industrie bilden. Das Versäumte soll nachgeholt, das Gegenwärtige ausgebaut und für die Zukunft soll mehr noch als seither das Wohl aller Kollegen durch unsere Organisation gesichert werden. Da unser Reichstarif für sämtliche Betriebe der deutschen Horn-, Galalith-, Steinnuß-, Perlmutter-Knopffabrikation und verwandte Berufe abgeschlossen ist, so bedarf es noch einer regen Agitation, um auch alle in Frage kommenden Orte zu erfassen. In dieser Sache muß ganze Arbeit geleistet werden.

Auf der Konferenz müssen ferner auch die Wünsche und Forderungen der Kollegen zur weiteren Ausgestaltung des Reichstarifs festgelegt werden. Die Mißstände in unserem Beruf sollten diskutiert und Vorschläge zur Abstellung derselben gemacht werden. Der Zentralkommission müssen Richtlinien zur Agitation auf den Weg gegeben werden. Die restlose Durchführung des Vertrages ist von ihr mit Hilfe der Ortsverwaltungen und der Gauvorsteher zu überwachen. Akkordtarife usw. werden in den kommenden Zeiten eine gewisse Rolle spielen, darum soll ein reger Austausch unter den Zahlstellen verschiedener Orte stattfinden.

Nachrichten, welche die Gesamtheit der Kollegen interessieren, sind auch zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Bei Vorgängen in den Unternehmerverbänden, Gründung von Einkaufsgenossenschaften, Vereinbarung einheitlicher Verkaufsbedingungen usw. hat auch die Zentralkommission zu versuchen, Einblick und Einfluß zu gewinnen, um der späteren Sozialisierung die Wege zu ebnen. Mit Unterstützung der Ortsverwaltungen ist die Agitation bis in die kleinsten Orte zu betreiben, und von Zeit zu Zeit sind die Resultate in der „Holzarbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen, so daß das Interesse hieran in allen Kollegenkreisen geweckt und erhalten bleibt. In diesem Sinne wird auch die Knopfarbeiterkonferenz zur Erstarkung der Organisation und zur Weiterentwicklung und Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse beitragen. Darum, Knopfarbeiter, an die Arbeit!

Albert Keßler (Berlin).

Literarisches.

Grundriß der Berufskunde und Berufshygiene. Von Prof. Dr. B. Chajes. 278 Seiten. Preis broschiert 12,50 Mk., gebunden 15 Mk. Verlag der Meyerschen Hofbuchhandlung, Detmold.

Der Verfasser will mit diesem Buch dem Mangel an einem kurzgefaßten Lehrbuch für die bezeichneten Wissensgebiete abhelfen, der sich ihm bei seinen Vorlesungen an der Fürst-Leopold-Akademie für Verwaltungswissenschaften in Detmold aufdrängte. Im ersten, allgemeinen Teil behandelt er die sozialen Verhältnisse, wozu u. a. die Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse, der Arbeitslohn, die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung gehört. Besondere Kapitel sind der allgemeinen Berufshygiene und dem Schutz der Berufstätigen gewidmet. In dem zweiten, speziellen Teil werden die besonderen Verhältnisse in einer großen Zahl von Berufen untersucht. Als Anhang ist eine Übersicht über die Berufsschädigungen und -erfordernisse bei der Ausübung der einzelnen Berufe beigegeben. Das Buch ist in erster Linie als Hilfsmittel für den Unterricht Studierender gedacht. Es wird aber auch den im Beruf stehenden Arbeitern und ihren Organisationen wertvolle Dienste leisten in dem Kampf zur Verhütung der verschiedenartigen Berufsgefahren.

Der deutschen Jugend Handwerksbuch. Herausgegeben von Geh. Ober-Regierungsrat Prof. Dr. C. Pallat. Zweite Auflage. Erster Band mit 117 Abbildungen im Text und auf einer farbigen Tafel. Gebunden 5 Mk. Hierzu Teurungszuschläge des Verlages und der Buchhandlungen. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin 1919.

Ein wertvolles Buch, das jedem Jungen Freude machen wird. Erhält er doch hier von sachverständiger Seite Anregung zur Anfertigung von Handarbeiten der verschiedensten Art. Auch den Eltern kann es nur erwünscht sein, mit Hilfe dieses Buches den Tätigkeitsdrang ihrer Kinder in gesunde Bahnen zu lenken.

Arbeitslosigkeit im Monat November 1919.

Gau	Zahlstellen haben berichtet	Mitgliederzahl am Schluß des Monats	Arbeitslose Mitglieder am Orte: vom vorigen Monat	Zugang i. diesem Monat	Gesamtzahl	am letzten Tage d. Monats	Durchschnittl. am letzten Tage des Monats	Unterstützung haben erhalten: Arbeitslose am Orte: Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	Arbeitslose auf der Reise: Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	Zahlstellen ohne Angabe
Danzig	72	14046	90	150	240	148	1	76	904	1643	—	7	18	24	—	9
Stettin	75	9204	69	244	313	267	—	71	453	815	70	16	37	48	50	3
Breslau	70	18897	85	40	125	80	1	50	511	909	80	14	41	52	—	6
Berlin	112	49812	1494	2841	4335	1519	—	443	7296	14961	85	14	37	46	—	8
Dresden	58	20650	229	202	431	226	2	150	2158	3562	44	13	36	46	25	3
Leipzig	56	34111	531	457	988	407	—	193	2616	5345	50	16	41	60		4
Erfurt	106	19220	133	202	335	164	—	102	1368	2076	97	5	15	18	75	9
Magdeburg	48	13363	32	194	226	187	—	35	471	816	05	13	38	48	50	2
Hamburg	69	29071	425	1366	1791	635	2	257	3137	6114	75	34	96	126	75	4
Hannover	53	22109	47	684	731	412	—	40	412	946	70	25	68	90	50	5
Düsseldorf	74	20934	29	46	75	41	—	22	235	497	13	12	37	48	75	13
Frankfurt	58	23973	92	112	204	95	—	82	700	1178	85	7	19	27	50	11
Nürnberg	86	19701	466	303	769	479	—	331	5117	7712	95	4	10	13	50	11
München	62	15051	170	123	293	168	—	97	1709	2972	75	12	33	45	25	7
Stuttgart	96	27561	32	103	135	83	—	36	594	1067	60	24	64	86	—	8
Hauptkasse	—	341	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
November 1919	1095	344249	3924	7067	10991	4911	6	1985	27751	50621	54	216	590	782	25	103
Oktober 1919	1086	336127	4596	5439	10035	3995	18	1806	27093	51774	02	269	692	914	75	84

Von nachstehend verzeichneten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingesandt: Adl. Hammerstein, Demerau, Flatow, Gumbinnen, Hohensalza, Krojanke, Pr.-Stargard, Schöneck, Treptow — Greifswald, Grevesmühlen, Schwerin i. M. — Schneidemühl, Schwedt, Sorau — Herrnhut, Mückenberg, Mühlberg — Brambach, Frohburg, Meuselwitz, Zeulenroda — Corbetha, Kelbra, Lauscha, Leibis, Schwarza, Stutzhaus, Tanroda, Vacha, Zella-Mehlis — Delitzsch, Zerbst — Ahrensburg, Elmshorn, Oldenburg, Segeberg — Burgdorf, Celle, Rienburg, Schötmar, Steinheim i. Westf. — Arfeld, Bielefeld, Cleve, Derschlag, Ferndorf, Frielinghausen, Gelsenkirchen, Hattingen, Reviges, Lüttgendortmund, Rheydt, Schwerte, Wissen — Bingen, Eberbach, Friedberg, Lambrecht, Landau, Limburg, Schönau, Neustadt a. d. Haardt, Oberstein, Wittlich, Zweibrücken — Eichstätt, Feucht, Helbeck, Redwitz, Schnaitach, Schney, Staffelstein, Tirschenreuth, Unterlind, Wernberg, Wiesenfeld — Diessen, Erding, Füssen, Ingolstadt, Lauingen, Plattling, Rosenheim — Gernsbach, Gmünd, Göppingen, Metzingen, Nagold, Tribberg, Villingen, Wangen.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

	Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats 1914	1915	1916	1917	1918	1919
Oktober	29244	1728	650	440	905	3995
November	22482	1650	596	489	3814	4011

	Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am letzten Tage 1914	1915	1916	1917	1918	1919
Oktober	23,13	2,32	0,96	0,40	0,82	1,19
November	18,01	2,30	0,88	0,55	3,30	1,34

Technik für Alle — Technik und Industrie. Monatshefte für Elektrotechnik, Bau- und Maschinentechnik usw. Jahrgang 1919/20. Preis halbjährlich 6 Mk. Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart.

Kosmos, Handweiser für Naturfreunde. Jahrgang 1919. Mit Buchveröffentlichung. Jährlich zwölf Hefte und vier Buchbeilagen. Preis halbjährlich 4,80 Mk. Stuttgart, „Kosmos", Gesellschaft der Naturfreunde, Geschäftsstelle Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart.

Die Neue Zeit, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich 6,50 Mk. Das einzelne Heft kostet 50 Pf. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart.

Die Glocke, Sozialistische Wochenschrift. Herausgegeben von Parvus. Preis vierteljährlich 6 Mk. Einzelhefte 50 Pf. und 5 Pf. Porto. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen
Ersatzkasse. (Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit.) Hamburg.)

Im November sandten Überschüsse ein: Berlin B 900, Barmen 500, Berlin A 400, Bochum 250, Halle 200, Hamburg I 140, Erkrath 100, Hamburg II 80 Mk. Summa 2570 Mk.

Zuschuß erhielt Siegburg 500 Mk.

Jul. Maßmann, Hauptkassierer.

Gestorbene Mitglieder:

Aschersleben. Karl Weper.
Olbernhau. Jos. Schmoß, 33 Jahre. — Ernst Weber, 43 Jahre.
Rentwertshausen. Franz Stirzel, Schneidemüller, 18 Jahre.
Zittau. Julius Dräger, Schneidemüller, 57 Jahre. Bernhard Mücke, Tischler, 27 Jahre.

Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen der Zahlstellen

Glatz, Schlesien. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, vorher bei der Zahlstellenverwaltung, Schwedeldorferstr. 25, Erkundigung einzuziehen.

Plauen i. V. Unser Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich Blumenstr. 4. Auskunft über Lohn- und Arbeitsbedingungen daselbst. Umschauen sowie schriftliche Angebote sind nicht gestattet.

Andreas Fischer, Tischler, zuletzt Zivilgefangener in Rußland, wird dringend gebeten, seine Adresse zu senden an seinen Onkel Wilhelm Appenrodt, Tischler, Sondershausen, Petersenstraße 7. Kollegen, welche seinen Aufenthalt wissen, werden um Angabe seiner Adresse gebeten.

Albert Heitbrink, geb. 1893 zu Osnabrück, wird ersucht, seine Adresse an die Zahlstelle Laage i. Mecklbg. zu senden. Auch die Kollegen werden darum gebeten. Friedr. Möller, Pfarrstr. 2.

Bruno Mehnert, Stellmacher, geb. 5. 4. 1900, zuletzt in Auerbach, wird ersucht, seine Adresse zu senden an die Zahlstelle Auerbach (Vogtl.), Hans Wichmann, Friedrich-August-Straße 5. Auch die Kollegen werden darum gebeten.

Tüchtige **Möbeltischler** auf furnierte Möbel von modern eingerichteter Möbelfabrik für dauernd gesucht. — Lohn nach Tarif. — Kost- und Logisverhältnisse sind günstig. Alexander Schwarz, Möbelfabrik, Themar (Thür.).

Tischler auf Möbel nach Zeichnung bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung suchen Werkstätten für angewandte Kunst A. Steiniger & Co., K.-G., Hemelingen bei Bremen.

Gelernte Möbeltischler werden für dauernde Beschäftigung gesucht. Sachsawerke G. m. b. H., Holzbetrieb Herzberg, vorm. H. W. Kiene.

Tüchtige Möbelschreiner für erstklassige furnierte Arbeiten finden sofort bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung. Reisespesen werden nach drei Monaten vergütet. Ausführliche Zuschriften an A. Riedinger, Ballonfabrik Augsburg, A.-G., Abteilung Möbelbau.

Tischler auf furnierte Möbel (Speise-, Schlaf-, Herrenzimmer) sofort gesucht. Vogtl. Industrie-Aktiengesellsch., Auerbach i. Vogtl.

Tüchtige gelernte **Modelltischler** i. Werkzeugmaschin. gesucht. Meldung an Zahlst.-Zerbst. Karl Schmidt, Mühlenbrücke 67.

1 bis 2 tüchtige, selbständig arbeitende, unverheiratete **Modelltischler** f. dauernde Arbeit unt. Angabe d. Lohnanspr. sof. gesucht. Eisengießerei Georgswalde, J. G. Wiedermann, Georgswalde (Deutschböhmen).

2 Tischlergesellen a. Möbel gesucht. Gute Kost im Hause. Heinrich Bendrodt, Tischlermstr., Wustrow (Hann.).

2-3 jüng. tücht. Möbeltischler stellt sof. ein Kurt Franz, Tischlermstr., Schlöben (Thür.).

Tüchtig. Möbeltischler, der auch furnieren kann, für sofort gesucht. Kost und Logis außer dem Hause. Hermann Krauß, Tischlerei und Glaserei mit Kraftbetrieb, Lehesten (S.-Meiningen).

1 Tischlergeselle wird für sofort gesucht, bei guter Verpflegung. K. Leonhardt, Werkst. für Wohnungseinricht. mit elektrisch. Betrieb, Hornburg (Unterelbe).

Möbeltischler sucht Hermann, Tischlerei m. Kraftbetr., Zahna (Bz. Halle).

5 tücht. Möbelschreiner sowie Polierer
für bessere furnierte Arbeiten sofort für dauernde Beschäftigung gesucht. Tariflohn. Evtl. Reisevergüt. [illegible], beste Verpflegungsgeweh. Möbelfabrik [illegible], [illegible] (Württbg.).

2 tüchtige Tischlergesellen für bessere Möbelarbeit werden sofort gesucht. Kost und Logis im Hause. August Gattermann, Dassel [illegible] (Kreis Einbeck), Bahnhofstr. 142.

Gesucht für sofort **1 Möbeltischler** auf dauernde Arbeit von H. Friedrichsen, Möbelbauer in Holstein.

Mehrere tüchtige **Tischler** sofort für dauernd gesucht. Detmolder Holzwarenfbr., Helftermann & Wentker, Jerxen b. Detmold.

Bankschreiner auf eichenfurnierte Möbel für sofort gesucht. Wöchentlicher Akkordverdienst bei achtstündiger Arbeit laut Tarifvertrag 200 Mk. Logis mit guter Verpflegung vorhanden. Reisevergütung wird gewährt. Remagener Möbelindustrie Hermann Kolf G. m. b. H., Remagen a. Rhein.

Möbeltischler für furnierte Arbeiten stellen ein Tönnies & König, Möbelfabrik, Groitzsch i. Sa., Bez. Leipzig.

Drei zuverlässige Schreinergehilfen für eichen furnierte Arbeiten sucht Mechanische Möbelfbr. Carl Söhngen, Barmen, Ahornstr. 14/16. Z. Zt. Stundenlohn 3 Mk., Erhöhung steht vor der Verhandl. Kost u. Logis vorhanden.

Tücht. Möbeltischler auf bessere Eichen- und polierte Möbel, selbständig arbeitende, für dauernd bei guter Bezahlung sofort gesucht. Für Verpflegung und Unterkunft wird gesorgt. Hermann & Herr, Möbelfbr., Triberg, Bad. Schwarzw.

Möbeltischler für gute eichene Möbel sofort gesucht. Es kommen nur ältere, im Fach erfahrene Leute in Frage. Stundenlohn 2,40—2,70 Mk. Möbelfbr. P. Rieger, Kottbus.

Mehrere tüchtige ledige **Schreiner** auf Standuhrengehäuse per sofort gesucht, bei gutem Lohn. Gebr. Lehnis, Uhrengehäusefabrik, Hornberg (Schwarzwaldbahn).

4 tücht. Möbelschreiner, die auf Natur-Küchen sowie furnierte Schlafzimmer eingearbeitet sind, für dauernde Arbeit sofort gesucht. Stundenlohn 3 bis 3,50 Mk., je nach Leistung. Mechanische Tischlerei Ludwig Roth, Gruiten (Rheinl.).

Tischler, ledige, für weiße und eichene Möbel sofort für meine neuerbaute Fabrik gesucht. Tariflohn. Gute Unterk. u. Verpflegung sehr preisw. Paul Meyer, Möbelfbr., Gößnitz.

Tischler (36 Jahre), perfekt im Arbeiten nach Zeichn., sucht Stellung als Zuschneider od. Vorarbeiter. Ang. an R. Fritz, Meerane i. Sa., Ziegelstr. 42.

10 tüchtige **Tischler** auf furnierte Möbel und einige tüchtige **Putzer** auf furnierte Flächen stellt ein Bernhard Perl, Kleinmöbelfabrik, Hartha in Sa. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorz.

5 Bautischler für dauernde Beschäft. sofort gesucht. Berlin-Anhaltische Holzbau-Industrie, Coswig in Anhalt.

Für dauernde Beschäftigung **1 Möbeltischler u. 1 Beizer** gesucht, der gelernter Tischler sein muß. Heinr. Böttger & Sohn, Stade i. Hannover.

Wir suchen zur Bedienung einer Furnierschälmaschine einen **tüchtigen Arbeiter** mit längerer Praxis an dieser Maschine. „Oswa" Sperrplattenwerke Aktien-Gesellsch., Karlsdorf bei Bromberg.

Selbständiger Dreher zur Bedienung einer Drehbank mit Windevorrichtung u. Kannelierapparat, zum sof. Eintritt gesucht. Ausf. Ang. an die Zahlstelle Darmstadt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Ad. Knapp, Wendelstadtstr. 38.

Wir suchen zum baldigen Antritt
3-4 gelernte unverh. Gattersäger, 1 gelernten unverh. Sägeschärfer.
Es kommen nur erste Kräfte in Frage, die tatsächlich mit allen Arbeiten durch und durch vertraut sind. Holzwerke Hessisch-Oldendorf Gebr. Beierlein, Hessisch-Oldendorf.

Stellmacher auf Wagen- und Karosseriebau gesucht, auch mehrere **Möbeltischler sowie Schiffstischler.** Städtisches Arbeitsamt Stettin, Augustastraße 22. Fachnachweis für das Holzgewerbe.

Tücht. **Stuhlbauer** u. tücht. Sesselbauer geg. hoh. Lohn sof. ges. Rhein.-Westf. Holzindustrie, Bielefeld, Kaiserstr. 61.

Tüchtige **Stuhlbauer** auf bessere Eichenstühle sucht Möbelfabrik G. m. b. H., Nordhastedt in Holstein.

Zu sofortigem Eintritt tüchtiger **Fräser** gesucht. Reisespesen werden nach drei Monaten vergütet. A. Riedinger, Ballonfabrik Augsburg A.-G., Abtl. Möbelbau, Augsburg.

Kaspler sowie Feiler und Schleifer auf Schirm- u. Spazierstöcke verlangt A. Schülke Nchf., Stockfb., Berlin SW. 68, Lindenstr. 16/17.

Perfekte Möbelbeizer gesucht.
Philipps Akt.-Ges., Frankfurt a. M.-West.

Tüchtigen Vergolder auf Barockleisten sucht für dauernd Gubener Leisten- u. Rahmenfabrik, Guben.

Vergolder

sofort gesucht.
Max Grahmann, Rahmenfbr., Döbeln i. S.

Tüchtige **Drechsler** find. dauernde Beschäftigung geg. hohen Lohn. Südd. Holzwarenfabrik G. m. b. H., Lehen b. Freiburg, Br.

Tüchtiger **Drechsler** sofort gesucht. W. A. Kröber, Holzdreherei, Coblenz a. Rh.

Werkführer von bedeutender Ovalrahmenfabrik bei gutem Gehalt für Dauerstellung gesucht. Nur Bewerber, die mit der Fabrikation dieses Artikels genau vertraut sind und ähnliche Stellung bereits bekleidet haben, finden Berücksichtigung. Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Ansprüchen unter L. B. 9120 an Rudolf Mosse, Berlin SW., erbeten.

Tücht. Kastenmacher u. Stellmacher als Kastenhelfer gesucht. Wagenfabrik F. Sachs & Sohn, Hamburg, Neuer Pferdemarkt 27.

Tüchtige Kastenmacher sowie Helfer für Luxus-Karosserien und einen tüchtigen Maschinenarbeiter, der mit allen Holzbearb.-Maschinen vertraut ist, zu sofort gesucht. Lehmann & Lindenheim, Wagen- und Karosseriefabrik, Fürstenberg i. Mecklenburg.

Suche sofort einen tücht. **Korbmacher** a. Weidenmöbel u. etwas gleichl. Arb. Rich. Naundorf, Merseburg, Gotthardtstr. 27.

Bürstenmacher zum Einziehen und Pechen gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung gesucht. Nur Leute mit hohen Leistungen wollen sich melden. C. L. Barthel, Frankfurt a. M.-West.

Schellackkitt und Wachskitt
i. div. Farben, 1 Kilo 20,40 Mk. Die besten Mittel, schadh. Stellen i. Holz auszubessern. **Dreherpech,** 1 Kilo 13,20 Mk., empf. **J. Nißen, Frankfurt a. Main,** Rohrbachstrasse 53.

Otto Bergmann, Berlin SO, Oppelner Str. 31
Schinder, 52 mm Eisenbr., Stck. 2,25 M.
Ziehklingen-Hobel, 70 mm Eisenbr., Stück 7,— M.
Abziehsteine mit Garantie, Ia, Stck. 6,— M.

Sportschlitten-Kufen!
Esche, gebogen, prima Ware.

100	120	140	160 cm Holzlänge
10,—	11,75	13,—	15,— Mk. per Paar,

bis 200 cm lieferbar; ab Dresden.
Max Walther, Dresden 22
Rehefelder Straße 51 :: Fernsprecher 28767.

Ziehklingen-Hobel tausendfach bewährt. St. 7,75 Mk., 6-St.-Postpaket 45,00 Mk. Schinder: St. 2,75 Mk., Dutzend 24,00 Mk. Ziehklingen Ia. Stahl (Sägeblatt) in allen Breiten liefert **Max Walther,** Dresden 22, Rehefelder Straße 51. Alle Sendungen von 6 Stück an frankol : : : Verpackung wird nicht berechnet. : : :

G. HELWIG, FRANKFURT a. Main-West
Bekannte Spezialfabrik für Mattierungen, Polituren und Politurlacken sowie Abbeizmittel

ZU VERKAUFEN:
1 Dicktenhobelmaschine, 400 mm m. Vorgelege
1 Bandsäge
1 Kreissäge
1 Hobelkreissäge
1 Fräsmaschine auf Holzgestell
betriebsfertig, wenig gebraucht, wegen Platzmangel abzugeben. Anfragen unter „H. N. 475" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Welcher Tischler baut nach Zeichnung
Segelbootskörper?
Angebote an **Weidlich,** Berlin, Stendaler Str. 12.

Stellmacher-Werkstatt
mit Wohnung beim Schmiedemeister in Kleinstadt, Nähe Berlins, ist zum 1. April 1920 zu vermieten. Anfragen unter „F. P. 473" an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Schöne Intarsien-Holzeinlagen für Möbel, Schatullen. Maxim. Weiß, Leipzig 3.

Patent Broschüre über „Selbst-Anmeldung" gratis von K. Berbig, Hannover, Raitwallstraße 6 A.

Tischlerfachschule Ilmenau i. Thür.
Ausbildung schnell und gründlich! Auskunft erteilt gern die Direktion.

Tischlerschule Blankenburg (Harz)
Ausbildung als Kalkulator, Werkmeister und Zeichner — Meisterprüfung
Programm frei. Dir. REINEKING

Tischler-Fachschule Detmold
Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen
Beschickt von vielen Kriegsbeschädigten-Fürsorgestellen. Auskunft durch die Direktion: B. Kolcher

Lehrwerkstätte
Holzschnitzschule Warmbrunn
Fachschule für Holzbildhauer, Tischler und Möbelzeichner. Werkstattbetrieb. Vervollkommnung von Gehilfen, Ausbildung von Lehrlingen (Gehilfenprüfung in der Anstalt). Wohnsäle, Anstaltsküche. Billige Wohnung u. Beköstigung. Direktor Hüllwock.

Kunstgew. Tischler-Fachschule Cöthen
Erste deutsche Beiz- und Poliermeister-Schule.
Spezialkurse für alle Betriebsbeamten.
Programm kostenlos durch die Direktion.

Fachblatt für Holzarbeiter

Den Zahlstellenverwaltungen zur Nachricht, dass sämtliche Hefte vom Jahrgang 1919 vergriffen sind. Vom gebundenen Jahrgang 1919 ist nur noch ein kleiner Posten vorrätig. — Die Bestellungen für das erste Vierteljahr 1920 bitten wir rechtzeitig zu richten an die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH., Berlin SO16, Am Köllin. Park 2

Soeben ist erschienen:
Protokoll
des elften ordentlichen Verbandstages des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Abgehalten zu Berlin vom 15.—21. Juni 1919
Preis brosch. 4 M., geb. 7 M.
Vorzugspreis für Verbandsmitglieder brosch. 2,60 M., geb. 5 M. Bestellungen sind an die Zahlstellenverwaltungen zu richten
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO. 16 — Am Köllnischen Park 2

Soeben ist erschienen:
Dreißig Jahre Vergolder-Organisation
Zur Erinnerung an die Gründung des Verbandes der Vergolder, Goldleistenarbeiter u. verwandter Berufsgenossen am : : : : : 27. Dezember 1889 : : : : :
Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Preis 1,50 Mark
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH., Berlin SO16, Am Kölln. Park 2

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. in [illegible]